PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH !

Rote Fahne

TRIBÜNE DER MARXISTEN-LENINISTEN IN DER KPÖ

Nr.32 15.März 1965 Einzelpreis S 3,-

DISKUSSION ÜBER EINEN SELBSTMORD

Ende Februar hat das Zentralkomitee der KPÖ die Materialien veröffentlicht, die dem 19. Parteitag zur Beschlußfassung vorgelegt werden sollen. Es handelt sich um das Dokument "Der Kampf um die Mitbestimmung der Arbeiter und Angestellten", um die "Thesen über 'Perspektiven'" und um die "Diskussionsgrundlage über Fragen der Partei", welche Materialien inzwischen auch in Broschürenform erschienen sind. Wir werden über alle drei dieser "Dokumente" sowie über ihre einzelnen Aspekte in den kommenden Monaten ausführlich schreiben und ersuchen auch unsere Leser, uns dazu kritische Stellungnahmen zur Verfügung zu stellen.

Die Verfasser der revisionistischen Parteitags-Materialien geben sich insoferne einen demokratischen Anstrich, als sie ihre Erzeugnisse im März und April innerhalb der Partei bzw. in der Parteipresse zur Diskussion zu stellen bereit sind. Daß diese Bereitschaft aber wesentliche Grenzen hat, geht schon aus dem dehnbaren Vorbehalt hervor, der dieser Diskussion vorangestellt wurde und der betont, daß "parteifeindliche" und "beleidigende" Diskussionsbeiträge nicht veröffentlicht würden. Wir haben inzwischen genügend oft feststellen können, was die Parteiführung unter diesen Begriffen versteht: "parteifeindlich" ist ihrer Meinung nach das, was ihrer revisionistischen Generallinie konsequent widerspricht; und "beleidigend" ist es, wenn man einen Revisionisten einen Revisionisten nennt. Daß eine Zensur vorgesehen ist, geht übrigens auch aus der Tatsache hervor, daß eine besondere "Kommission" zur "Führung der Diskussion" einge-

Aus dem Inhalt:

Seite

setzt wurde, die ausschließlich aus Revisionisten besteht und der Walter Binder, Martin Grünberg, Friedrich Hexmann, Leopold Hornik, Alois Kihs, Erwin Schärf und Mitzi Urban angehören.

Freilich - die sieben Hüter der Grenzen der Diskussionsfreiheit haben es nicht leicht. Sie sind nicht allein auf der Welt und sie wissen das. Sie wissen, daß Diskussionsbeiträge, die ihrer Zensur verfallen, in der "Roten Fahne" veröffentlicht werden könnten und durch ihre erfolglose Unterdrückung an Gewicht noch gewinnen würden! Wohl oder übel werden sie also mit sich reden lassen und werden das umso leichter tun können, als einerseits die Veröffentlichung einiger antirevisionistischer Stimmen ein wunderbares demokratisches "Alibi" darstellt, während andererseits ohnedies keine Notwendigkeit für sie besteht, dem auf dem Parteitag Rechnung zu tragen, was jetzt ein Teil der Genossen in einer unverbindlichen Diskussion vorschlägt. Daß die Kritiker in einer optischen Minderheit bleiben werden, dafür werden die über einen Apparat von vielen hundert bezahlten und unbezahlten Helfern verfügenden Manager des Revisionismus schon sorgen.

So kanns also losgehen: für die Vergrößerung oder für die Verkleinerung des Apparats, für den Vorrang der BOs oder für den Vorrang der Wohnorganisationen, zugunsten der "Alten" oder zugunsten der Jungen in der Partei, für oder gegen Fernsehabende, Weinlesefeste und Tanzveranstaltungen, für die Leute aus der Stadt Bogdan oder für die Leute aus dem Dorf Selifan und sogar auch ein wenig über die Richtigkeit oder Unrichtigkeit der Politik der Partei!

Ja - man mag sich an dieser Diskussion beteiligen und auch die begrenzten und beschränkten Möglichkeiten ausnützen, die sie bei der Bloßstellung der Hohlheit, Falschheit und Gefährlichkeit der revisionistischen Pseudotheorien bietet. Aber man soll sich keine Illusionen machen! Es geht nicht um dieses oder jenes Detail, nicht um den einen oder anderen "Schönheitsfehler" oder "falschen Zungenschlag" in den Parteitagsmaterialien; es geht nicht um untergeordnete Mängel und Schwächen, die sich in einer einfachen Diskussion klären und beheben ließen, sondern um unendlich mehr.

Mögen sich die österreichischen Kommunisten darüber klar sein: Was die Revisionisten jetzt zur Diskussion gestellt haben und was sie auf dem kommenden Parteitag beschließen wollen, das ist der vollständige Verzicht auf den Marxismus-Leninismus, ist die hemmungslose Verwandlung der KPÖ in eine zweite SP, die sich von der schon bestehenden nur durch ihre Kleinheit und ein paar Äußerlichkeiten unterscheidet. Zur Diskussion gestellt ist der restlose Ausverkauf aller kommunistischen Standpunkte und Auffassungen, ist das für einen Kommunisten völlig Undiskutable, ein politisches Harakiri, der schmähliche Selbstmord!

Wir werden diese Tatsache an Hand der Parteitagsmaterialien in aller Ausführlichkeit konkret beweisen.

RF.

PARTEI DER ARBEIT ALBANIENS
ZENTRALKOMITEE

Lieber Genosse F. Strobl!

Ich danke Ihnen herzlich für die Glückwünsche, die Sie mir anläßlich des Neujahrs 1965 sandten.

Bei dieser Gelegenheit sende ich Ihnen, Ihren Genossen Mitarbeitern der Redaktion der "Roten Fahne", sowie allen österreichischen marxistisch-leninistischen Genossen revolutionäre Grüße und wünsche ihnen für das Jahr 1965 weitere Erfolge in ihrem Kampf für den Triumph der siegreichen Ideen von Marx, Engels, Lenin und Stalin.

Tirana, am 23.1.1965

ENVER HOXHA

Erster Sekretär des Zentralkomitees
der Albanischen Partei der Arbeit

*

"MITBESTIMMUNG" - EIN GEFÄHRLICHER WAHN

Zu der schon seit einem Jahr in der "Roten Fahne" geführten Diskussion über die revisionistische Parole der "Mitbestimmung" (siehe insbesondere RF Nr. 5, 7, 12, 13 und 19) haben wir einen kollektiven Beitrag mehrerer Genossen erhalten, der zwar noch nicht das inzwischen vom ZK der KPÖ veröffentlichte Dokument über "Mitbestimmung" verarbeitet, aber doch eine Reihe wichtiger Gedanken enthält, die auch für die kritische Beurteilung dieses Dokuments bedeutsam sind.

Die KPÖ ruft zur "Mitbestimmung der Arbeiter und Angestellten" in der kapitalistischen Wirtschaft auf. Dieses Schlagwort ist nicht neu - neu ist nur, daß jetzt die KPÖ für eine Parole Propaganda macht, die sie früher klar als Versuch der Irreführung der arbeitenden Menschen über das Wesen des kapitalistischen Staates und der kapitalistischen Wirtschaft erkannt hat und die aus der ideologischen Rüstkammer der Koalitionsparteien stammt.

Wieso kommt es, daß nun auf einmal "reale Möglichkeiten" für eine echte Mitbestimmung der Arbeiter in der kapitalistischen Wirtschaft vorhanden sein sollen?

Wie bei vielen "neuen" Theorien des modernen Revisionismus muß auch hier die "veränderte Lage" herhalten. Nun hat sich - wenn auch keineswegs im grundsätzlichen Sinn - die Lage natürlich gegenüber früher geändert. Aber welche Veränderungen immer man betrachtet, alle weisen sie in die Richtung, daß der Kampf zum revolutionären Sturz des kapitalistischen Ausbeutersystems heute aussichtsreicher und notwendiger denn je ist, daß man den revolutionären Kampf also verstärken kann und muß. Nirgendwo aber

gibt es Veränderungen, die den Schluß zuließen, daß man diesen Kampf abschwächen, daß man ihn durch die alten sozialdemokratischen Praktiken des sich im Kapitalismus "häuslich Einrichtens" oder durch die ebenso alte sozialdemokratische Illusion verwässern könne, daß die kapitalistische Gesellschaftsordnung eine Art Aktiengesellschaft kleiner und großer Leute sei, in der die Arbeiter um ein größeres Aktienpaket ringen und schließlich das Kontrollpaket und damit die Entscheidungsgewalt in Händen haben werden.

Die Propagandisten der "Mitbestimmung" verweisen auch darauf, daß es das, was ihnen vorschwebt, schon einmal gegeben hat. Nach dem Ende des 2. Weltkrieges war in einer Reihe österreichischer Großbetriebe die Arbeiterschaft nicht nur "mitbestimmend", sondern in gewissem Sinn sogar allein bestimmend, als sie - bei unsicheren, schlechten Löhnen und mangelhafter Ernährung - die vom Krieg zerstörten Betriebe aus dem Schutt grub, wieder in Gang brachte und aufbaute. Tatsächlich standen die Kapitalisten damals weitgehend im Hintergrund und ließen die Arbeiter nicht nur gewähren, sondern spornten ihre Einsatzbereitschaft und Verantwortungsfreude noch durch patriotische Redensarten an. Aber hat diese "Mitbestimmung" und "Mitverantwortung" etwas daran geändert, daß die Betriebe kapitalistische Betriebe und der österreichische Staat ein kapitalistischer Staat blieb? Was geschah denn nach dieser Blütezeit der "Mitbestimmung"?

1946/47 wurden die größten Betriebe der österreichischen Schwerindustrie, die vorher zum überwiegenden Teil in den Händen des deutschen Kapitals bzw. seines Staates waren, verstaatlicht. Unter der demagogischen Devise "Diese Betriebe gehören jetzt dem ganzen Volk" wurde ihr Wiederaufbau unter größten wirtschaftlichen Opfern der arbeitenden Bevölkerung durchgeführt. Das Kapital, das darin die einzige Möglichkeit sah, seine Macht zu erhalten - und dem es außerdem darum ging, gegen die sowjetische Verwaltung eines Teiles dieser Betriebe Front zu machen - stimmte der Verstaatlichung zu. Es ist nicht schlecht gefahren dabei.

Mit dem auf dem Schweiß der Arbeiter basierenden Wiederaufbau der Wirtschaft ging die Stärkung der wirtschaftlichen und staatlichen Macht des Kapitals Hand in Hand. Als der Mohr seine Schuldigkeit getan hatte, konnte er gehen und seine "Mitbestimmung" und "Mitverantwortung" verwandelte sich in eine Art von Erinnerungsmedaille, die er an Festtagen aufstecken darf, während andere den Profit kassieren.

Was die verstaatlichte Industrie betrifft, entwickelte sie sich immer mehr zu einem "Gesundbrunnen" der kapitalistischen Privatwirtschaft. Diese schöpfte und schöpft den Rahm ab in Form von Waren und Leistungen, die ihr die "Verstaatlichten" weit unter dem tatsächlichen Wert überlassen und in Form von Aufträgen, die von den verstaatlichten Betrieben weit über ihrem Wert bezahlt werden.

Die Verfechter der "Mitbestimmung" und " Mitverantwortung" (letztere betonen sie natürlich weniger, aber geben selbst zu, daß sie

sich von ersterer nicht trennen läßt) wollen ihre Theorien den mit gutem Grund sehr skeptischen Arbeitern dadurch schmackhafter machen, daß sie sagen, die "Mitbestimmung" sei ein Element des Kampfes um den Sozialismus, eine Etappe auf dem friedlichen Weg zu ihm. Aber alle Erfahrungen beweisen, daß die "Mitbestimmung" kein Weg zum Sozialismus ist, sondern nur eine Methode, die Arbeiter für Zwecke der Kapitalisten einzuspannen.

(Interessant ist diesbezüglich übrigens die Argumentation Egon Kodiceks in der Februar-Nummer der "arbeit" (Seite 11). In der Auseinandersetzung mit einem von ihm nicht namentlich genannten "anderen Kollegen" - es ist Genosse Flanner aus Wiener Neustadt - der verlangt hatte, man solle beim Kampf um die "Mitbestimmung" die "ganze Wahrheit" sagen, nämlich daß sie eine Art Übergangsmaßnahme, ein "Mittel" im Kampf zum Sturz des Kapitals sei, erwidert Kodicek ausdrücklich, daß dem nicht so ist und die Argumentation Flanners "inhaltlich übers Ziel schießt". Angesichts der Tatsache, daß die Mitbestimmungsparole bei den Revisionisten bisher immer direkt mit ihren Plänen des "friedlichen Wegs zum Sozialismus" verquickt war und sogar eine der - mit Verlaub zu sagen - "Säulen" dieses Weges war, ist der von dem Polbüro-Mitglied Kodicek bezogene Standpunkt nicht nur neu, sondern stellt auch einen gewissen Rückzug vor den Argumenten jener Genossen dar, die sich trotz intensivster revisionistischer Berieselung noch ein gewisses Maß revolutionärer Vernunft bewahrt haben. Anmerkung der Redaktion.)

Die Schöpfer der "Mitbestimmungs"-Theorie sind der Meinung, daß sozialpolitische und arbeitsrechtliche Einflußnahme noch keine Mitbestimmung in ihrem Sinn bedeutet und daß auch Positionen in Regierung, Parlament und Wirtschaftskammern nicht zur Verwirklichung einer "echten" Mitbestimmung genügen. Da diese "echte" Mitbestimmung aber doch alle Fragen der Wirtschafts-, Finanz- und Investitionspolitik umfassen soll, fragt man sich, durch welche Institutionen und Körperschaften sie also ausgeübt und gewährleistet werden soll. Die Antwort lautet: durch die Gewerkschaften und die Arbeiterkammern.

Wir aber fragen: Welche Politik wurde und wird denn in der Gewerkschaft und in den Arbeiterkammern durchgeführt? Haben diese Institutionen jemals etwas Entscheidendes gegen die kapitalistische Politik der Regierung unternommen? Was soll mit Hilfe dieser Institutionen anderes herauskommen als eben jene berüchtigte "Sozialpartnerschaft", die wir in einer ganzen Serie von "Lohn-Preis-Pakten", in der "Paritätischen", im sogenannten "Wirtschaftsbeirat" usw. bis zum Überdruß erlebt haben?

In besseren Zeiten hat die KPÖ einen energischen Kampf gegen den Betrug geführt, der mit Hilfe solcher Gremien und Kommissionen an den Arbeitern betrieben wird, hat sie gezeigt, wie letztlich alle Beschlüsse dieser Körperschaften dazu führten, die Profite der Unternehmer zu erhöhen und die arbeitende Bevölkerung zu prellen. Und jetzt propagiert sie selbst sowas Ähnliches? Wie soll da etwas grundsätzlich anderes herauskommen, wenn man die Sache ein bißchen anders organisiert und ein paar neue Namen erfindet?

Damit ist nichts gegen die Notwendigkeit der Gewerkschaften und Arbeiterkammern gesagt und auch nichts gegen die positiven Möglichkeiten, die diese Einrichtungen für den Kampf der Arbeiter bieten.

Aber diese positiven Möglichkeiten kann man letzten Endes ja überhaupt nur auswerten, wenn man den Arbeitern klipp und klar sagt, woran sie sind, was man erwarten kann und was nicht, wenn man ihnen kein X für ein U vormacht. Umgekehrt stiftet man nur größten Schaden, führt die Arbeiter irre und lenkt sie vom Kampf ab, wenn man ihnen verschweigt, daß die Gewerkschaften und Arbeiterkammern entscheidend mitbeteiligt sind an der Politik, die mit Phrasen über "Sozialpartnerschaft" den Koalitionskurs der Sicherung der Kapitalsherrschaft und der Mästung der Unternehmer auf Kosten der Arbeiterschaft betreibt. Die Hoffnung, daß sich dieser Zustand allmählich ändern ließe, ist eine leere Illusion. Auch wenn man hundertmal beteuert, daß die "Mitbestimmung" keine "Sozialpartnerschaft" sein darf, wird in den Gewerkschaften und Arbeiterkammern eben diese "Sozialpartnerschaft" herauskommen. Es spricht ein gesundes Klassenbewußtsein aus der Feststellung jenes Betriebsrats, der erklärte: Die Politik der Gewerkschaft und der Arbeiterkammer hält das Kapital auch eine Million Jahre lang aus!

Wie soll es überhaupt gelingen, die Arbeiter für einen Kampf zur Beseitigung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zu gewinnen? Ja doch nur, indem man ihnen die Unheilbarkeit ihrer Gebrechen erklärt und beweist, wenn man ihnen die unbedingte Notwendigkeit des Sturzes des Kapitalismus auseinandersetzt, ihnen klarmacht, daß es darauf ankommt, die Arbeiter nicht "mitbestimmend", sondern wirklich bestimmend zu machen, die Arbeitermacht zu erkämpfen. Statt den Arbeitern dieses Bewußtsein zu geben, das unentbehrlich ist für die Revolution, sind die Revisionisten von edlem Eifer ergriffen, den Kapitalismus besser zu organisieren und weiszumachen, auf diese Weise werde man sich dem Sozialismus nähern.

Wie ist es mit den staatlichen Wirtschaftsplänen, die in den Vorstellungen der "Mitbestimmer" eine so große Rolle spielen? Natürlich sind solche Pläne möglich; Österreich wäre auch garnicht das erste kapitalistische Land, das einen hätte. Schließlich hat es ja auch schon unter Hitler und Mussolini eine "Wirtschaftsplanung" gegeben und gibt es sie heute zum Beispiel in Frankreich, Belgien und anderen kapitalistischen Ländern, wo - ähnlich wie in Österreich - die Preise und die Ausbeutung steigen. Daß der "Plan" das nicht verhindert (ebensowenig, wie er die Arbeitslosigkeit, die schleichende Inflation und den im Grunde anarchischen Charakter der Wirtschaft beseitigt), liegt nicht an irgendwelchen kleineren oder größeren Fehlern, die man beheben könnte, sondern daran, daß nach wie vor eine kapitalistische Gesellschaftsordnung besteht und alle "Pläne" nicht ihrem Sturz, sondern ihrer Aufrechterhaltung, ja der Verlängerung ihres Lebens dienen - auch wenn dieses oder jenes Detail der Pläne den einen oder anderen Tagesinteressen der arbeitenden Bevölkerung entspricht.

Somit ist es notwendig, die Parolen der "Mitbestimmung" als prinzipiell falsch und gefährlich abzulehnen und zu verwerfen und statt dessen mit aller Konsequenz den Kampf zur Popularisierung des Sozialismus, zur revolutionären Erziehung und Vorbereitung der

Arbeiter auf den Sturz des Kapitals zu führen. Das wird ein Kampf um die Frage sein, wer bestimmen soll und nicht darum, unter dem Motto einer "Mitbestimmung" den Arbeitern die Mitverantwortung an den unheilbaren Gebrechen des kapitalistischen Systems aufzuhalsen.

Man muß die falsche Losung der "Mitbestimmung" verwerfen, auch wenn es zunächst Arbeiter geben sollte, die Illusionen haben und uns nicht verstehen. Was sie heute noch nicht verstehen, werden sie morgen umso besser begreifen. Und man muß den Kampf um die Arbeitermacht, um den Sozialismus führen, auch wenn die bürgerliche Salonfähigkeit gewisser Funktionäre darunter leiden sollte. Daß dieser Kampf lang und schwer sein wird, ändert nichts an seiner Notwendigkeit.

A.S.J.

***

Vor 12 Jahren starb Genosse Stalin

Unser Leser, Genosse R. G., ersucht uns um Veröffentlichung des folgenden Beitrags. Wir kommen seinem Ersuchen umso lieber nach, als er ausspricht, was zahllose österreichische Kommunisten denken und fühlen.

Heute, am 5. März, dem zwölften Todestag des Genossen Stalin, lese ich bei Churchill: "Bericht über meinen Besuch in Moskau" (Rede vor dem Unterhaus am 8. September 1942) über Stalin:



"Es ist ein großes Glück für Rußland, daß es in dem schweren Ringen diesen großen, rauhen Kriegsherrn an der Spitze hat. Er ist eine gewichtige, eine hervorragende Persönlichkeit, die ganz zu den düsteren und stürmischen Zeiten paßt, in denen sich sein Leben abspielt. Ein Mann, unerschöpflich an Mut und Willenskraft, ein Mann, der alles gerade und grob heraussagt... Vor allem aber hat er den heilsamen Sinn für Humor, der allen Männern und allen Nationen so wichtig ist, und ganz speziell großen Männern und großen Nationen. Stalin hinterließ bei mir den Eindruck, scharfsinnig, gelassen, klug und frei von jeglicher Art Illusion zu sein..."

Wie beschämt, verbittert fühlen wir uns heute, da die Bomben des USA-Terrors den Menschen Vietnams so unermeßliches Leid zufügen. Die

Sowjetunion o h n e Genossen Stalin ist es, die dieses bestialische Morden duldet und deretwegen wir uns heute schämen müssen. Aber so wie Genosse Stalin bei seiner Rede an der Bahre Lenins sagte: "Als Genosse Lenin von uns schied, hinterließ er uns das Vermächtnis, den Grundsätzen der Kommunistischen Internationale die Treue zu bewahren. Wir schwören dir, Genosse Lenin, daß wir unser Leben nicht schonen werden, um den Bund der Werktätigen der ganzen Welt, die Kommunistische Internationale, zu festigen und zu erweitern", - so schwören auch wir Marxisten-Leninisten im Sinne Lenins, heute an deinem Todestag, der großen Sache die Treue zu bewahren, der Du, Genosse Stalin, allezeit gedient hast.

AUS UNSEREN BRUDERZEITUNGEN

oktober

Zeitschrift des Leninzentrums

Organisation der schweizerischen Marxisten-Leninisten

Aus internationalen marxistisch-leninistischen Bewegung

Wir stellen vor: « Die Rote Fahne »

Auch in unserem Nachbarland Österreich führen die Marxisten-Leninisten einen konsequenten Kampf gegen die revisionistische Führung der KPÖ. Seit dem 5. Oktober 1963 erscheint ihre Zeitschrift « Die Rote Fahne ». Diesem Umstand kam eine besondere Bedeutung zu, weil sie die erste Zeitschrift in deutscher Sprache ist, die den Marxismus-Leninismus verteidigt. « Die Rote Fahne » enthält eine reichhaltige Dokumentation über die internationale Arbeiterbewegung, über den konkreten Kampf in Österreich und über die Verhältnisse innerhalb der KPÖ. « Die Rote Fahne » möchte den Kampf vor allem innerhalb der Partei führen und rät den Genossen, die von der Linie der Partei enttäuscht sind, vom Austritt ab. Das hindert jedoch die revisionistische Führung nicht, mit Polizeimassnahmen, wie zum Beispiel den Ausschluss, gegen die konsequenten Kommunisten vorzugehen.

Auch die bürgerliche Presse muss den Marxisten-Leninisten Österreichts ungewollt Lob spenden. In einem in der schweizerischen Presse erschienenen Artikel heisst es: « Am erbittersten sind jedoch die österreichischen Peking-Kommunisten unter ihrer Zeitschrift « Rote Fahne », deren Auflage auf rund 3000 angestiegen ist. »

Die Marxisten-Leninisten der S c h w e i z geben seit mehreren Monaten eine großformatige, gedruckte und sehr ansprechend aufgemachte M o n a t s z e i t u n g heraus, die auch einen deutschsprachigen Teil enthält. Die Zeitung, die den Namen "OKTOBER" trägt und das gemeinsame Organ der Marxisten aller drei Schweizer Sprachengruppen ist, überzeugt nicht nur durch ihre gute Redigierung, sondern vor allem auch durch ihr hohes politisches Niveau.

Wir beglückwünschen unsere Schweizer Genossen zu dieser guten Zeitung und wünschen ihr weiteste Verbreitung. Es ist in unserer Arbeit ein großer Ansporn, in unserem Nachbarland konsequente und erfolgreiche Gesinnungsgenossen und Mitkämpfer zu wissen.

Nachahmenswert scheint uns übrigens die Methode unserer Schweizer Genossen, in einer ständigen Rubrik ihre Bruder-Organe vorzustellen und über den Kampf der Marxisten-Leninisten in den benachbarten Ländern zu berichten. Wir werden das in Hinkunft ausführlicher und regelmäßiger tun als bisher.

Die obenstehende Würdigung unserer "Roten Fahne" entnehmen wir der Nummer 8 von "Oktober" (19.2.1965) und danken für die darin enthaltenen anerkennenden Worte.

WIR BITTEN UM ZUSENDUNG DER ADRESSEN VON INTERESSENTEN DER "ROTEN FAHNE"

FÜRNBERG UND DIE UNO

Auf der Protestversammlung der KPÖ am 16. Februar, bei der Friedl Fürnberg über die amerikanischen Luftangriffe gegen das sozialistische Nordvietnam sprach, forderte er, die österreichische Regierung möge dafür sorgen, daß die UNO die Initiative ergreife, um die "Vietnam-Krise" so rasch als möglich zu überwinden. In die von der Versammlung beschlossene Resolution wurde als zentrale Forderung dann auch der Passus aufgenommen:

"Wir fordern daher die österreichische Bundesregierung auf, sich in der UNO für den Frieden in Vietnam auf der Grundlage des Abzugs der Amerikaner und der Selbstbestimmung des südvietnamesischen Volkes zu verwenden".

Am Tag, nach dem die "Volksstimme" diese Resolution veröffentlicht und dieselbe Forderung erhoben hatte, gab es in der ganzen pro-amerikanischen Presse helles Entsetzen: Die Volksrepublik A l b a n i e n hatte in der UNO-Vollversammlung den Antrag gestellt, diese schon seit Monaten "tagende" Vollversammlung solle jetzt endlich mit ihrer regulären, statutenmäßig erforderlichen Arbeit b e g i n n e n und die Tagesordnung in Angriff nehmen, die eigentlich schon am 1. Dezember behandelt werden sollte. "Unerhört!", "Sabotage!", "Provokation!" schrien und schrieben die antikommunistischen Blätter über diesen Antrag.

Der durchschnittliche Leser brauchte einige Zeit, um zu begreifen, was da eigentlich los war. Hatte er nicht eben noch ellenlange Artikel gelesen, in denen Indonesien verdammt und beschimpft wurde, weil es in der UNO nicht mehr "mitarbeiten" wollte und aus ihr ausgetreten war? Plötzlich stellte sich jetzt heraus, daß die ganze Tätigkeit der UNO im letzten Vierteljahr eben darin bestanden hatte, n i c h t s zu tun bzw. sich nur mit so belanglosen Fragen die Zeit zu vertreiben, die keine Abstimmungen erforderlich machten! Der Leser erfuhr jetzt, daß jeder Versuch, diese auf einem "Gentlemen"-Übereinkommen zwischen den USA und der Sowjetregierung basierende Stagnation zu beenden, eine gefährliche "Provokation", geradezu ein Anschlag gegen den Weltfrieden sei!

Unter den Zeitungen, die ihr Befremden über den albanischen Antrag deutlich machten, befand sich auch die "Volksstimme" vom 18.2.1965. Damit ergibt sich die interessante Situation, daß die Führer der KPÖ von der österreichischen Regierung verlangen, sie möge die UNO in der Frage Vietnam in Bewegung bringen, zugleich aber die völlige Sterilität der UNO als Stütze des Friedens betrachten, die nicht angetastet werden dürfe.

In schwungvoll gedrechselten Phrasen erklärte sich Fürnberg mit dem vietnamesischen Volk solidarisch, an dem die amerikanischen Imperialisten ihre Kriegsverbrechen begehen, und dann forderte er mit großer Geste, daß die Verfolgung der Täter - ein L a h m e r aufnehme. Der Blinde erblickte den Hasen, der Stumme riefs dem Lahmen zu und dieser packte ihn beim Kragen!

(Eine ausführliche authentische Stellungnahme zu der Initiative der Volksrepublik Albanien in der UNO-Vollversammlung drucken wir im Schlußteil der vorliegenden Nummer ab.)

Knüppelchen, du grünes ...

Der "Schläger im Fischgrätenmantel", dem die "Volksstimme" am 17. Februar einen Leitartikel widmete, kann aufatmen. Er, den die so demokratische österreichische Polizei nicht finden kann, obwohl er in ihren Diensten steht und ihre Räumlichkeiten und "Instrumente" benützt, hat Branchenkollegen in den anderen Ländern, die nun in wirkungsvoller Solidarität das Wort bzw. ihren Gummiknüttel erhoben und durch eigene Aktionen die allgemeine Aufmerksamkeit von ihm ab- und auf sich hingelenkt haben. Sie haben dem gemütvollen Argument des "gelernten Österreichers", der alles verzeiht, weil er nichts versteht, neue Beweiskraft verschafft: "Wos wollt 's denn, Leutln - es ist jo nirgends anders, es ist jo überoll des sölbe, Urdnung muaß sein!" Der Knüppel gewinnt so offenbar den Rang einer internationalen Institution, wobei Österreich sich insofern an seine Verpflichtung zur Neutralität hält, als hier im "neutralen" Gewand des "Zivilisten" geprügelt wird.

7.März 1965: USA-Polizei gegen demonstrierende Neger in Alabama



Die Neger, die Sonntag von Selma in Alabamas Hauptstadt Montgomery ziehen wollten, kamen nicht weit: Polizei stellte sich ihnen gewaltsam entgegen



Die Polizei, die Berittene und Knüppel verwendete, verletzte zahlreiche Farbige. Auch viele Frauen, wie diese hier, brachen ohnmächtig zusammen

Nicht einmal der alte Einwand, daß sich die Spitze des Staatsapparats im Kapitalismus gegen die "einen", aber in der Sowjetunion gegen die "anderen" richte, ist noch überzeugend. Denn wir stehen vor folgender Tatsache:

Am 4. und am 7. März, nur wenige Tage voneinander getrennt, fanden in Moskau und in den USA Demonstrationen statt, die sich auf die eine oder andere Weise gegen den US-Imperialismus richteten. In Amerika demonstrierten Neger gegen die Unterdrückung ihres Volkes durch den US-Imperialismus. In Moskau demonstrierten Moskauer und asiatische Studenten gegen die Unterdrückung Vietnams durch die US-Imperialisten. Es waren offenbar zwei Demonstrationen gleichen Charakters, es waren im Grunde dieselben Menschen, die teilnahmen, nicht nur dort und da meist "Farbige", sondern Menschen mit ähnlichen Überzeugungen und Absichten. Und dort und da, in Moskau ebenso wie in den USA, wurden diese

4.März 1965: 700 Mann Polizei und Militär gegen antiamerikanische Demonstranten in Moskau



Demonstranten niedergeprügelt und von der Exekutive so mißhandelt, daß man mehrere von ihnen schwer verletzt - 9 in Moskau und 17 in Alabama - ins Spital bringen mußte! Welche erschütternde neue Art der "Annäherung" von "Ost" und "West"!

★

Die "Volksstimme" hat als objektive Zeitung über beide niedergeschlagene Demonstrationen berichtet. Da es ihr fern liegt, gegen die USA Stimmung zu machen, hat sie die Meldung über die Niederknüppelung der amerikanischen Demonstranten auf die Seite 4 zurückverlegt (9.3.65) - während die "Arbeiter-Zeitung" immerhin die Titelseite für diese Meldung verwendete - und hat am 11.3., diesmal auf der Titelseite, darüber berichtet, daß eine zweite Demonstration in Alabama "dank der Disziplin der Demonstranten ohne Zwischenfall" verlief. Der Leser gewinnt geradezu den Eindruck, daß bei etwas mehr "Disziplin" der Demonstranten auch ihre erste Demonstration hätte ohne den "Zwischenfall" von 17 Schwerverletzten verlaufen können.

Und wie "berichtete" die "Volksstimme" über die in Moskau auseinandergeprügelte antiamerikanische Demonstration? Sie komprimierte die Sache auf eine kleine Notiz von wenigen Zeilen und setzte der besseren Verständlichkeit halber darüber den Titel: "Demonstration in Peking" (7.3.), da dort eine Demonstration stattgefunden hatte, bei der gegen die Niederschlagung der Moskauer Demonstration protestiert wurde. Es ist klar: wenn sich die "Volksstimme" schon so anstrengt, die amerikanischen Imperialisten im günstigsten Licht zu zeigen, dann muß sie sich bei der Verteidigung der revisionistischen Missetaten selbst übertreffen, um die nötigen "Proportionen" zu wahren.

★

Da sich die sowjetische Polizei bei der Niederschlagung der antiamerikanischen Demonstration in Moskau vor allem die teilnehmenden chinesischen Studenten herausgriff und einer "Sonderbehandlung" unterzog, ist es verständlich, daß die Moskauer Vorfälle energische Proteste der Volksrepublik China und chinesischer

Massenorganisationen nach sich gezogen haben. Die Notwendigkeit und Berechtigung solcher Proteste steht außer allem Zweifel und gerade die wohlverstandenen Interessen der sozialistischen Sowjetunion, das unmittelbare Interesse des sowjetischen Volkes, das in jahrzehntelangen, entbehrungs- und opferreichen Kämpfen den Kapitalismus beseitigt hat, gebieten es, sich mit aller Energie Erscheinungen zu widersetzen, die in offenem Gegensatz zum Sozialismus und zum proletarischen Internationalismus stehen und penetrant an die Zustände in den bürgerlichen "Demokratien" erinnern.

ES IST KEIN GEHEIMNIS...

daß die "Rote Fahne" seit ihrer Gründung mit ständigen Finanzsorgen zu kämpfen hat und der Umfang ihrer Tätigkeit sehr oft leider durch den Mangel an finanziellen Mitteln beschränkt wird. Daß wir trotzdem schon eine politische Kraft geworden sind, unseren Einflußbereich wesentlich vergrößern konnten und uns in bezug auf den Druck und die anderen technischen Arbeiten völlig auf eigene Füße stellen konnten, beruht auf der immer wieder betätigten und bestätigten Opferbereitschaft einiger hundert vorbildlicher Kommunisten, die uns regelmäßig unterstützen und denen wir im vollsten Sinn des Wortes unsere materielle Existenz verdanken.

Diese Genossen und Genossinnen tun wahrlich, was sie können. Von Herzen sagen wir ihnen Dank und würden es für unrichtig halten, an sie, die ohnehin schon so viel tragen, mit zusätzlichen Bitten heranzutreten. Aber es gibt außer ihnen noch eine sehr große Zahl anderer Freunde und Leser der "Roten Fahne", die finanziell mehr für ihre Zeitung tun könnten - und es auch tun würden, wenn sie wüßten, wieviel Zeit, Mühe und Nervenkraft wir immer wieder für die Lösung finanzieller Probleme aufwenden müssen, um dann schließlich doch manches nicht tun zu können, was im Interesse der Sache dringend erforderlich wäre.

Nun stehen neue, bedeutende Anforderungen vor uns. Der 19. Parteitag der KPÖ - auf dem die Partei als eine kommunistische Organisation effektiv liquidiert und in eine Hilfstruppe der SP verwandelt werden soll - würde es notwendig machen, den Umfang unserer Aufklärungsarbeit und unseres Kampfes gegen den Revisionismus zumindest zu verdoppeln, wenn nicht noch weiter zu steigern. Das ist aber nicht zuletzt auch eine Geldfrage. Auch eine Reihe weiterer Anschaffungen wäre schon dringend fällig, um unsere Arbeit noch wirkungsvoller als bisher zu machen. Die bisherigen Formen und Ausmaße der Finanzierung der "Roten Fahne" reichen dazu aber nicht aus. Es müssen zusätzlich neue Formen gefunden und vor allem noch viel breitere Kreise von Kommunisten als "Finanziere" der "Roten Fahne" erfaßt werden.

Denkt bitte darüber nach, Genossen! Sendet uns diesbezügliche Vorschläge und geht vor allem selbst mit guten Initiativen voran.
DIE "ROTE FAHNE" IST EURE ZEITUNG - NUR DURCH EURE HILFE KANN SIE LEBEN UND IHRE VERANTWORTUNGSVOLLEN AUFGABEN ERFÜLLEN!

Die Redaktion

MALCOLM X



"Liebe Brüder und Schwestern..." - Als er diese Worte gesprochen hatte, krachten die Schüsse der von der amerikanischen Reaktion gedungenen Mörder, und Malcolm X, der bedeutendste derzeitige Führer der revolutionären amerikanischen Neger, brach von zwei Dutzend Schüssen zerfetzt, tot neben dem Rednerpult zusammen. Die US-Polizisten, die "Hüter von Sicherheit und Ordnung" in Harlem, waren schon in Bereitschaft - nicht um den Mord zu verhindern, sondern um die Spuren zu verwischen und die Attentäter in Sicherheit zu bringen. Allzurasch "erklärte" man den Mord mit den "internen Machtkämpfen unter den schwarzen Extremisten" und hielt diese Version, die die "Untersuchung" von vornherein in die gewünschte Richtung lenkt, auch aufrecht, als der begründete Verdacht auftauchte, daß die Fäden dieser in den USA traditionellen Art der "Argumentation" irgendwo in der Nähe des Weissen Hauses zusammenlaufen.

Warum war Malcolm X bei den Drahtziehern des Weltimperialismus so verhaßt, daß sie ihm noch die wüstesten Flüche nachschleuderten, als sie ihn schon auf der Totenbahre hatten?

Weil er der entschlossenste Führer der amerikanischen Neger war, weil er ihnen am gefährlichsten schien, weil er der erste war, der den Kampf der amerikanischen Neger aus dem religiösen Fahrwasser herausriß und ihnen zeigte, daß auch der Islam, dem sich viele vom Christentum enttäuschte Neger zuwenden, kein Weg zur Freiheit ist, sondern der revolutionäre politische Kampf der Massen notwendig ist.

Malcolm X war auch insoferne ein sehr weit fortgeschrittener Revolutionär, als er verstand, daß der Kampf der amerikanischen Neger um ihre Freiheit untrennbar mit dem antiimperialistischen Befreiungskampf aller Völker der Erde verbunden ist. Er hat daher auch zu den großen internationalen Fragen eindeutig Stellung genommen und sich mit allem Nachdruck auf die Seite der den amerikanischen Imperialismus bekämpfenden Völker und Kräfte gestellt.

Die revolutionäre Grunderkenntnis, zu der sich Malcolm X durchgerungen hatte und die er in allen seinen Reden unterstrich, war die Tatsache, daß sich in der Geschichte noch kein einziges unterdrücktes Volk anders als durch Gewalt befreien konnte, denn mit Gewalt wird es auch unterdrückt. "Mit Knien und Beten wird der Imperialismus nicht besiegt", betonte Malcolm X, auf den amerikanischen Ghandi, den "Friedensnobelpreisträger" Martin Luther King anspielend, der ein Liebling aller Abwiegler innerhalb und außerhalb der USA geworden ist. "Wenn man für die Freiheit kämpft, kann man die Mittel nicht wählen. Es gibt Leute, die sagen: 'Ich will die Freiheit, aber...' Dieses 'Aber' jedoch heißt, daß sie die Freiheit nicht wirklich wollen!", sagte Malcolm X in einer seiner hinreißenden Reden.

Auch die Unterschiede zwischen Kennedy, Johnson und Goldwater, die den Revisionisten die Grundfrage aller Politik sind, bedeuteten Malcolm nicht viel. "Goldwater ist ein Wolf", sagte er einmal, "und Johnson ein Fuchs. Was ist der Unterschied zwischen ihnen? Der Wolf frißt seine Beute mit Geheul, der Fuchs aber macht es still und leise und packt das Huhn, noch ehe es etwas merkt."

Es war diese revolutionäre und gerade wegen ihrer Überzeugungskraft für die Reaktion sehr gefährliche Haltung von Malcolm X, die die weißen Herren der USA bewog, diesem "Nigger" so rasch als möglich den Mund zu stopfen. Welche Terrorgruppe dann die Ausführung des Mordes übernahm, der Ku Klux Klan, die CIA oder sonstwer, ist dabei nur von untergeordneter Bedeutung.

Julian Mayfield, der in Ghana lebende afro-amerikanische Schriftsteller, äußerte sich dazu: "Die Ermordung von Malcolm X trägt alle typischen Merkmale einer Exekution durch die CIA. Es kann keinen Zweifel geben, warum er getötet wurde. Die Lehre aus diesem Mord ist, daß wir die Brutalität des amerikanischen Kapitalismus niemals unterschätzen dürfen!"

Und der "Rat der Afrikanischen Organisationen" stellte in einer Erklärung fest: "Die Mörder von Felix-Roland Moumie und Patrice Lumumba sind dieselben, die auch Malcolm X ermordet haben!" Ihre Büttel wechseln, aber die Auftraggeber sind immer dieselben.

Malcolm X hat eine weit über die Grenzen der USA hinausgehende Kampfeinheit der Neger der USA, des karibischen Raumes und der lateinamerikanischen Länder vorgeschwebt und auch die Solidarität mit den afrikanischen Negern schien ihm ein wichtiger Hebel im Befreiungskampf aller Neger. Die Verwirklichung seiner Pläne hätte die Möglichkeit gewaltiger koordinierter Kampfaktionen gegen den US-Imperialismus im In- und Ausland gegeben. So lebte der 1925 in Omaha, Nebraska, geborene Sohn eines vom Ku Klux Klan ermordeten Baptistenpfarrers also ein gefährliches Leben und erlitt denselben Tod wie sein Vater, denselben Tod wie zahllose Helden und Märtyrer des 22 Millionen Köpfe zählenden amerikanischen Negervolkes.

Die bürgerliche Presse und die imperialistische Propaganda zeigt nicht nur ungeniert ihre Freude über den Mord an Malcolm X, sondern bemüht sich aus Leibeskräften, ihm Schmutz nachzuwerfen und die Ziele, für die er gekämpft hat, in Verruf zu bringen. Sie nennen ihn einen "schwarzen Faschisten", einen "Rassisten", "Hetzer", "Putschisten" usw. Und wie überall finden sie sogar bei dieser ehrlosen Beschäftigung die Schützenhilfe moderner Revisionisten.

Wir sehen die Dinge mit anderen Augen und verwenden andere Maßstäbe als die "ehrbare" bürgerliche Gesellschaft. Wir wissen, daß Malcolm X kein Marxist-Leninist war, daß sich in seinen Anschauungen viel Richtiges und wahrhaft Revolutionäres mit manchen Irrtümern und Unklarheiten verflocht. Doch trotzdem: er stand auf u n s e r e r Seite der Barrikade. Er war u n s e r Kampfgefährte!

Der Kampf der amerikanischen Neger erschöpft sich nicht in Rassenproblemen, sondern ist in Wahrheit ein gewaltiger K l a s s e n k a m p f und seine immer heftigeren Erscheinungsformen widerspiegeln die sich mehr und mehr verschärfenden Klassenwidersprüche innerhalb der USA. Der Kampf der amerikanischen Neger mündet in den großen Strom des weltumspannenden antiimperialistischen Befreiungskampfes, der schon heute die Grundfesten des US-Imperialismus unterspült und ihn morgen wegschwemmen wird.

B.

Das Übel der Welt

Am 15. Oktober 1964 führte eine Organisation amerikanischer Neger eine Protestversammlung gegen die zunehmende Faschisierung in den USA durch. Einer der Redner war der Neger Leroi J o n e s. Wie die meisten seiner Mitkämpfer ist er kein Marxist, aber das Leben hat ihn gelehrt, einige Grundtatsachen der Gesellschaftsordnung in den USA besser zu begreifen als drei Dutzend der belesensten Revisionisten. Und die Bitterkeit und der Zorn, die in seinen Worten mitschwingen, offenbaren die Größe und Wucht einer Massenbewegung, der Ziel und Führung zu geben sich die vom Revisionismus vergiftete KP der USA als unfähig erwiesen hat.

"Man hat mich vor einigen Wochen im Fernsehen um meine Meinung gefragt, worin denn das Ü b e l u n s e r e r W e l t besteht. Das einzige, was zu sagen mir sofort einfiel, war, daß A m e r i k a das Übel in unserer Welt ist. Ich sagte das ganz unwillkürlich...

Wir sind hiehergekommen, um dem Faschismus entgegenzutreten, aber ich möchte es geradeheraus sagen: Es ist nicht Faschismus, es ist A m e r i k a n i s m u s. Wenn wir über Faschismus sprechen, sprechen wir über Deutschland. Aber die meisten Menschen in der Welt sprechen jetzt über Amerika so. Die meisten Menschen in der Welt halten Amerika für s c h l i m m e r als Deutschland, denn Amerika steht noch auf den Beinen und herrscht eben jetzt. Deshalb: Wenn Ihr vom Faschismus redet, dann nennt ihn A m e r i k a n i s m u s, damit die Leute verstehen, daß das, wovon Ihr redet, kein fremdes Element aus dem Ausland ist. E s i s t e i n a m e r i k a n i s c h e s E l e m e n t. Und es dominiert...

Zuerst einmal glaube ich, müßt Ihr verstehen, daß die Regierung nicht einfach aus Narren und Unwissenden besteht. Was sie tun, haben sie sorgfältig überlegt. Sie morden Menschen in der ganzen Welt aus Gründen, die sie sehr wohl kennen. Sie pfuschen nicht einfach nur herum, sondern sie wissen recht gut, was sie tun. U n d w e n n s i e M e n s c h e n m o r d e n, d a n n m e i n e n s i e e s a u c h s o!

Der schwarzhäutige Mensch hat keine andere Wahl - absolut keine andere Wahl. Wir haben nicht mehr Platz im Leben als früher. Und es wird so bleiben, dieses Land, diese ganze Gesellschaft, ihre Schmutzigkeit und das Morden von Menschen, w e n n m a n n i c h t s d a g e g e n t u t! Wenn Amerika auf seinem Weg nicht aufgehalten wird, so wird es die Welt zerstören. Das ist alles. Egal, was Ihr glaubt. Ob Ihr nun Künstler seid oder Intellektuelle oder Arbeiter: I h r w e r d e t s t e r b e n, w e i l i r g e n d e t w a s m i t d e n Z u c k e r p r e i s e n n i c h t s t i m m t o d e r w e i l s i e d i e D i a m a n t e n a u s A f r i k a n i c h t h e r a u s b e k o m m e n...

Sie werden niemals zugeben, daß sie unrecht haben. Es hat keinen Sinn, diese Gesellschaft zu verteidigen... Sie werden nicht aufhören und sie werden ihr Morden und die Unterdrückung nicht bereuen. M a n m u ß s i e a u f h a l t e n! Amerika muß so gestoppt werden wie man eine große Maschine ausschaltet. Es muß etwas g e t a n werden, um sie zu stoppen, oder alle werden untergehen...

Ich kann nicht mehr sehen, daß irgendein schwarzer Mann da sitzen und seinen Kopf hochhalten kann, ohne irgendwelche Pläne zu machen, an irgend einen Weg zu denken, u m d a s z u ä n d e r n. Und ich meine, daß wir es so r a s c h als möglich und so e n d g ü l t i g als möglich ändern müssen."

(Gekürzt aus "Progressive Labor", 11/12, 1964)

Nummer 3 März 1965



Karl Laub

Ein österreichischer Erfolg

Erstmalig: Verstaatlichungssektor erweitert

Da stimmt da was nicht!

"Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch S i e g e r !" - so könnte Bundeskanzler Klaus in Abwandlung der bekannten Worte von Wilhelm II. angesichts der Begeisterung ausrufen, die nach der Regelung der Frage ÖMV, ÖROP und MARTHA von der KPÖ bis zur ÖVP ausgebrochen ist. Endlich wurde hier der Beweis geliefert, d a ß man es allen recht machen kann: "Weg und Ziel" und der "Volksstimme" ebenso wie der "Wochenpresse" des Herrn Molden, den Betriebsräten ebenso wie dem ÖVP-Generalsekretär, dem Polbüromitglied Marek ebenso wie dem Finanzminister Schmitz. Eine "Einheitsfront" aller Österreicher ist entstanden, eine Front gemeinsam strahlender Sieger, eine Gemeinschaft, in der alle mitbestimmen und sich dann alle über das Ergebnis freuen.

Nur e i n Tropfen fällt in den Becher der gemeinsamen Freude: e i n Betriebsrat, ein einziger, hatte den Mut, g e g e n den allgemeinen "Sieg" zu stimmen: Genosse Alfred J o c h a. Er glaubt nicht daran, daß alle siegen können, er denkt noch in den Kategorien von Klassen, Klassengegensätzen, Klassenkampf usw., als ob es das heute noch gäbe. Er ist der primitiven Meinung, daß ein dutzendfach wiederholter und bekräftigter Beschluß, daß nicht einmal e i n Prozent der MARTHA und ÖROP reprivatisiert werden dürfte , auch eingehalten werden müßte. So ein Extremist!

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Österreichs

Nr. 20 v. b. b. **Dienstag, 26. Jänner 1965** **Gegründet 1918**

Ein Sieg für Oesterreich

Die Kampfentschlossenheit der Erdölarbeiter führte zur Niederlage der OeVP-Reformer

VON FRANZ HEINISCH
ZENTRALBETRIEBSRATS-
OBMANN DER ÖMV

Erdöl: Ergebnis ein Erfolg der Einheit

WOCHENPRESSE
DAS ÖSTERREICHISCHE NACHRICHTENMAGAZIN

KOALITION

Freudiger Samstag

Über eine Entscheidung, die man neun Jahre lang hinausgeschoben hatte, einigte sich der Koalitionsausschuß am vergangenen Samstag binnen sechseinhalb Stunden: der Streit um die Örop endete mit dem längst fälligen Kompromiß.

Die eigentlichen Sieger dieses freudigen Samstags waren

- ÖVP-Generalsekretär Dr. Hermann Withalm, der nach sechsjähriger Unterbrechung wieder einmal die Ausgabe der von ihm favorisierten Volksaktien erreichte;
- Gewerkschaftspräsident Anton Benya, dem es gelang, sich mit seinem geschmeidigen Sachlichkeitsstil gegenüber dem starren Dogmatismus in seiner Partei durchzusetzen, und
- Finanzminister Dr. Wolfgang Schmitz, der nun für die Örop statt der im Budget eingesetzten 200 Millionen 250 oder 260 Millionen kassieren kann.

Außerdem dürfen je zwei Vertreter der ÖVP und der SPÖ auf neue Vorstandssitze hoffen: da die ÖMV als drittgrößter verstaatlichter Betrieb nun mit sechs Vorstandsmitgliedern ausgestattet ist, werden auch die Alpine Montan als größter und die VÖEST als zweitgrößter Betrieb früher oder später einen Sechservorstand verlangen.

Die "unabhängige" "WOCHENPRESSE" vom 30.1.1965 über die "Sieger"

GESCHICHTE EINER KAPITULATION

an Hand von Zitaten aus dem "Erdölarbeiter"

3.12.1964 : Schlagzeile "PITTERMANN: ÖROP UND MARTHA ZUR GÄNZE AN DIE ÖMV!"

10.12.64 : "...Heinisch wies abermals auf die Leistungen dieses Unternehmens (ÖMV) hin und betonte, daß unsere Arbeiter auch weiterhin für den Erhalt eines Vertriebsapparats eintreten werden. Dabei kann es sich nur um eine hundertprozentige E i n g l i e d e r u n g von ÖROP und MARTHA handeln...

Den Antworten von Withalm und Maletta war zu entnehmen, daß es für sie um eine ideologische Frage geht, denn sie sind g e g e n jede Erweiterung und Festigung der Positionen der Verstaatlichten. Auch Waldbrunner bestätigte dies und sagte, daß darin das K e r n p r o b l e m bestehe. Der Standpunkt der SPÖ ist dabei klar. Waldbrunner sprach davon, daß es eine 'wirtschaftliche Sünde' wäre, Örop und Martha nicht z u r G ä n z e der ÖMV einzuverleiben."

31.12.64 : "Benja berichtete, daß er bei Verhandlungen weitgehende Zugeständnisse gemacht habe...Die Zentralbetriebsräte Heinisch und Steiner machten Benja sofort aufmerksam, daß dies im W i d e r s p r u c h zu den Beschlüssen des Zentralbetriebsrates der ÖMV stehe, der sich einstimmig für die völlige E i n g l i e d e r u n g der ÖROP in die ÖMV ausgesprochen habe."

(Fortsetzung auf Seite 18)

Nacheinhalb Monaten: Nicht einmal das Vereinbarte wird eingehalten!

Preis S 1.- **Kollege, abonniere dein Kampforgan!** **P. b. b.**
Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt Wien 20

Der ERDÖLARBEITER

Nr. 11 **Wochenorgan der Arbeiter und Angestellten in der Erdölindustrie** 11. März 1965

Hynigg: Auf Örop keinen Einfluß!

Der Achimmel trabt langsam: Trotz Regierungsbeschluß kann die ÖMV in Sachen Örop noch nichts unternehmen – In der Praxis noch immer keine Angliederung

GESCHICHTE EINER KAPITULATION (Fortsetzung von Seite 16)

7.1.1965: Schlagzeile: "ANGLIEDERUNG NOCH IM JÄNNER!" (Man beachte, daß statt von Eingliederung nun plötzlich von Angliederung gesprochen wird - eine "Sprachregelung", die ab sofort allgemein respektiert wird, Anmerkg.)

14.1.65: "Die Zentralbetriebsratssitzung der ÖMV, die anfangs vergangener Woche stattfand, stützte sich bei der Behandlung der Angliederung von ÖROP und MARTHA an die ÖMV voll auf die bereits in den Betrieben gefaßten Beschlüsse und bekräftigte neuerlich, daß die Angliederung zu 100 Prozent erfolgen muß... Darüber hinaus würde eine Abtretung von 49 Prozent der Aktien auch eine direkte Schädigung des Staates sein... Die Verstaatlichung würde also durchlöchert, eingeschränkt. Und die ÖVP würde nicht lange brauchen, bis sie mit dem Argument auftauchen würde: Machen wir's doch bei den VÖESt, bei den Stickstoffwerken, bei der Alpine, bei Böhler genauso wie bei Örop und Martha. Damit wäre der Anfang vom Ende der Verstaatlichung gekommen!"

21.1.65: Schlagzeile: "ÖMV-BELEGSCHAFT IST KAMPFBEREIT! EINHELLIGE BESCHLÜSSE IN ALLEN BETRIEBEN - ARBEITER UND ANGESTELLTE WOLLEN KEINE KOMPROMISSLÖSUNG -ÖROP UND MARTHA HUNDERTPROZENTIG ZUR ÖMV !"

"Die Forderungen der Belegschaften der Erdölbetriebe sind so eindeutig, daß sie alle faulen Kompromisse ausschließen. HUNDERTPROZENTIGE Angliederung beider in Staatsbesitz befindlichen Mineralölhandelsbetriebe an die ÖMV, das ist die Forderung, die verwirklicht werden muß und dank der Kampfmaßnahmen der Belegschaften verwirklicht werden kann."

21.1.65: Weitere Schlagzeile: "GEWERKSCHAFTLICHE EINHEIT: WIR STEHEN VOLL UND GANZ ZU DEN BESCHLÜSSEN DER BETRIEBSRÄTE"

"Die Gewerkschaftliche Einheit stellt sich voll und ganz hinter die Beschlüsse der in Staatsbesitz befindlichen Erdölbetriebe und verlangt deren Zusammenlegung bei hundertprozentiger Aufrechterhaltung der Verstaatlichung...Auch eine Minderheitsbeteiligung von privatem Kapital... würde bedeuten, daß die Reaktion und ihre Vertreter in den Aufsichtsräten der verstaatlichten Betriebe gestärkt würden."

Und dann kam die faule Packelei zustande, die allen Beschlüssen und Forderungen der Arbeiter und Angestellten ins Gesicht schlug; trat eben das ein, was vorher als "wirtschaftliche Sünde", als "Durchlöcherung der Verstaatlichung", als "Anfang vom Ende der Verstaatlichung" bezeichnet worden war:

- Die in staatlicher Verwaltung befindliche ÖROP wurde nicht zur Gänze der ÖMV übergeben, sondern nur zu 74 Prozent, während 26 Prozent reprivatisiert wurden!
- Die ÖROP wurde der ÖMV nicht eingegliedert, sondern in einer Art beigeordnet, die nicht nur eine wirkliche Eingliederung ausschließt, sondern dazu führt, daß die ÖMV keine wirkliche Verfügungsgewalt über die ÖROP hat (was auch schon dadurch verhindert wurde, daß sie nicht die vorgeschriebenen 75 Prozent der Aktien hat, sondern nur 74 Prozent!).
- Und für diese Verwandlung eines früher zu 100 Prozent in staatlicher Verfügungsgewalt stehenden Unternehmens in einen nicht einmal zu Dreivierteln verstaatlichten Betrieb mußte ein anderer verstaatlichter Betrieb 200 Millionen Schilling "Kaufpreis" an den Finanzminister abführen!

Wenn das keine Reprivatisierung ist - was dann ?
Wenn das keine kapitalistische Schiebung ist - was denn ?
Wenn hier die Arbeiter nicht hineingelegt wurden - wer sonst ?

Aber der "Erdölarbeiter" steckt den Kopf ins Bohrloch und behauptet, alles rosarot zu sehen:

28.1.65: "Martha zur Gänze, ÖROP zu 74 Prozent zur ÖMV - ERFOLG DER KAMPFENTSCHLOSSENHEIT UNSERER BELEGSCHAFT..."

4.2.65: "EIN ERFOLG DER EINHEIT!"

11.2.65: "EIN GESAMTÖSTERREICHISCHER ERFOLG!"



Der Wahlsieg in Kerala und die Revisionisten

Während des indisch-chinesischen Grenzkonfliktes, der seine Schärfe infolge des militärischen Erfolges und der Duldsamkeit der Volksrepublik China zwar derzeit verloren hat, wegen der anhaltenden aggressiven Handlungen der reaktionären Machthaber Indiens aber weiterhin ungelöst ist, zeigte die damals die KP Indiens beherrschende revisionistische Gruppe unter Führung Danges ihr wahres Gesicht. Als damals die von den angloamerikanischen Imperialisten aufgestachelten indischen Reaktionäre den unmittelbaren militärischen Angriff auf das Territorium des sozialistischen China eröffneten und von der chinesischen Volksbefreiungsarmee verdientermaßen geschlagen wurden, schlossen sich Dange und seine Gruppe in der Führung der KP Indiens rückhaltslos der chauvinistischen Hetze und aggressiven Kriegspolitik der indischen Reaktion an. Dange rief damals in völliger Umkehrung der Tatsachen zur "Verteidigung" der "angegriffenen indischen Heimat" auf, zum bewaffneten Kampf gegen die "Aggression" des sozialistischen China! Es war ein vollständiger Verrat an den Grundsätzen des proletarischen Internationalismus, verdammenswürdiger noch als der schmähliche Verrat der sozialdemokratischen Führer in Europa im Jahre 1914, weil es hier nicht um einen von beiden Seiten imperialistischen Krieg, sondern um einen Krieg gegen ein sozialistisches Land ging.

Im Herbst 1964 zogen die indischen Kommunisten auf einem zu diesem Zwecke einberufenen gesamtindischen Parteitag aus dem Verrat der Revisionisten die Konsequenzen, erklärten sie für abgesetzt und beschlossen ein Programm, das konsequent auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus steht und der Notwendigkeit des energischen Kampfes gegen den modernen Revisionismus Rechnung trägt, mit dem seit dem 20. Parteitag der KPdSU die kommunistische Weltbewegung unterminiert wird. 32 Mitglieder des 110 Mitglieder umfassenden "Nationalrates" der indischen Partei, 11 der 27 Abgeordneten der KP Indiens im Zentralparlament und ein bis zwei Drittel der kommunistischen Abgeordneten der Provinzparlamente bekannten sich sofort zu den marxistisch-leninistischen Grundsätzen des Parteitages und verwarfen den revisionistischen Kurs Danges und seiner Gruppe.

Die indische Bourgeoisie erkannte, daß ihr Verbündeter Dange in Bedrängnis geraten war und rapid an Einfluß verlor. Andererseits sah sie, daß die nun vom revisionistischen Ballast befreite KP Indiens am Vorabend großer Erfolge stand und zu einer akuten Gefahr für ihre Ausbeuterherrschaft wurde. Schon kurze Zeit nach dem historischen Parteitag der indischen Kommunisten holte die Bourgeoisie daher zu einem - wie sie wohl meinte - vernichtenden Schlag gegen die reorganisierte KP Indiens aus: An einem einzigen Tag, am 29.12.1964, ließ sie fast 1000 Funktionäre der indischen Marxisten-Leninisten verhaften, während sämtliche Revisionisten unbehelligt blieben!

Es war eine, wenn auch bittere, Lehre für die Arbeiter und Bauern Indiens - nun war es heraus, wer die wahren Freunde und Vertreter ihrer Interessen im Kampf gegen die in-

dische Reaktion waren: nicht die von der reaktionären Staatsmacht geschonten revisionistischen Führer der Dange-Partei, die auch weiterhin das Recht für sich in Anspruch nahmen, als Kommunisten zu gelten und die rechtmäßige KP Indiens darzustellen, sondern die **Marxisten-Leninisten**, deren Vertreter fast unmittelbar nach Abhaltung ihres Parteitages in die Kerker der indischen Machthaber geworfen wurden.

In Europa hat man von den Vorgängen in der kommunistischen Bewegung Indiens, von ihrem großartigen Kampf gegen den modernen Revisionismus und von ihrem gerade in diesem Kampf rasch wachsenden Masseneinfluß nur wenig erfahren und angesichts dieses Mangels an authentischen Informationen hatten es die hiesigen Revisionisten im Falle Indiens umso leichter, ihren üblichen Betrug durchzuführen: Irgendwelchen von "außen" her angestifteten und bezahlten "Elementen" sei es halt "auch in Indien" gelungen, ein paar "Wirrköpfe" zu finden und von der von Dange geführten Partei abzuspalten, die sich durch solche Kleinigkeiten natürlich nicht beirren lasse. Dange selbst hat bekanntlich noch auf der von den sowjetischen Revisionisten einberufenen spalterischen "Konsultativ-Konferenz" vom 1. März in Moskau das Recht für sich in Anspruch genommen, im Namen der Kommunisten des indischen 450-Millionen-Volkes zu sprechen.

Doch eben in den Tagen, da diese ruhmlose Konferenz von sich reden machte, gaben die werktätigen Massen des indischen Volkes die Antwort:

Bei den Anfang März 1965 durchgeführten Wahlen in das Parlament des indischen Bundesstaates KERALA **konnten die Revisionisten von den ursprünglich 29 Mandaten nur 3 behalten, während die Marxisten-Leninisten mit 40 Mandaten** (plus 7 Mandate ihnen nahestehender revolutionärer Kandidaten) **als die stärkste Partei aus den Wahlen hervorgingen!** Und das trotz aller Verfolgungen durch die Shastri-Regierung, die allein in Kerala über 140 namhafte Führer der indischen Marxisten-Leninisten im Kerker hält. **Nicht weniger als 29 der neu gewählten kommunistischen Abgeordneten befinden sich weiter im Gefängnis**, da sich die indische Reaktion nicht um ihre Immunität kümmert und sogar **neue Haftbefehle** hat ausstellen lassen, um ihre Enthaftung unmöglich zu machen.

So stellte Harry Sichrovsky die indischen Marxisten-Leninisten in "Weg und Ziel" Nr. 3/1965, Seite 230, vor: SPALTER, SEKTIERER, DOGMATIKER, ABENTEURER, STALINISTEN !

Soweit sich die ideologische Position der Spalter definieren läßt, befürworten sie eine Rückkehr zum sektierererischen, dogmatischen und abenteuerlichen Programm von 1951, an dessen Ausarbeitung Stalin selbst maßgeblich beteiligt war.

Was wird Sichrovsky nun zu einem Volk sagen, das ausgerechnet solchen Leuten Vertrauen schenkt und den so braven Antispaltern, Antisektierern, Antidogmatikern, Antiabenteurern und Antistalinisten den Laufpaß gibt ?

FAST EIN VIERTEL ALLER GEWÄHLTEN ABGEORDNETEN IM GEFÄNGNIS - DAS IST DIE INDISCHE "DEMOKRATIE", DER MIT WAFFEN UND KREDITEN AUSZUHELFEN SICH DIE REVISIONISTEN SO ANSTRENGEN !

Der Ausgang der Wahlen im indischen Bundesstaat Kerala hat mit aller Klarheit gezeigt, daß die indischen Werktätigen die richtigen Schlußfolgerungen gezogen, daß sie erkannt haben, daß nur auf dem Weg des konsequenten Marxismus-Leninismus die dringenden Lebensprobleme der indischen Volksmassen gelöst werden können, während der verräterische Weg Danges und seiner revisionistischen Mitläufer zwar den Beifall der Bourgeoisie findet, für das Volk aber die Aufrechterhaltung und Verewigung aller Qualen bedeutet. Die Wahlen in Kerala haben bewiesen, daß das ganze chauvinistische Geheul der Leute von Shastri bis Dange über die "chinesische Gefahr", über die "chinesischen Agenten" und "pekinghörigen Vaterlandsverräter" von den Volksmassen mißachtet und als elender Schwindel durchschaut wurde, durch den man sich nicht irremachen lassen darf. Der große Erfolg unserer Genossen in Indien beweist, daß die Kräfte der Reaktion, des Imperialismus und des Krieges zur Niederlage verurteilt, die Kräfte der Revolution unaufhaltsam sind, wenn sich die Kommunisten besinnen, das revisionistische Gerümpel aus dem Weg schleudern und mutig den Weg gehen, den Marx und Engels, Lenin und Stalin gewiesen haben.

W.F.

LEHRREICHES AUS DER BÜRGERLICHEN PRESSE

DIE "NEUE ZÜRCHER ZEITUNG" MELDET AUS INDIEN . . .

C. K. Delhi, 6. März

Ueberraschend ist jedoch die vernichtende Niederlage der «offiziellen» Kommunistischen Partei. Zusammen mit einer sozialistischen Splittergruppe hatten die *Kommunisten der Moskauer Richtung* eine «vereinigte Linksfront» gebildet und nicht weniger als 77 Kandidaten aufgestellt. Nur 3 davon wurden gewählt. In dem ersten Wahltest nach der kommunistischen Spaltung erweist es sich, daß sich die Wählerschaft der radikaleren chinesischen Richtung zuwendet. Der Appell der Regierung an das Nationalgefühl ist wirkungslos geblieben. Die Identifizierung der Linkskommunisten mit den chinesischen Angreifern von 1962 wurde nicht zur Kenntnis genommen. 28 von den als *Landesverräter in Präventivhaft* genommenen Parteiführern sind, zum Teil mit großen Mehrheiten, gewählt worden.

Mig-Jäger für Indien

Delhi, 8. März. ag (Reuter) Wie der indische Verteidigungsminister Chavan am Montag vor dem Parlament mitteilte, sind *ein Dutzend sowjetische Mig-21* in Indien eingetroffen.

Im Verlaufe dieses Jahres sollen noch mehr von diesen Kampfflugzeugen eintreffen, um drei Geschwader der indischen Luftwaffe auszurüsten.

Zuvor hatte der Minister für Rüstungsindustrie, A. M. Thomas, bekanntgegeben, daß mit sowjetischer Hilfe *zwei Fabriken* erstellt würden, in denen Mig-Düsenjäger hergestellt werden können. Die Baukosten belaufen sich auf rund 530 Millionen Rupien — rund 450 Millionen Schweizerfranken. Die Produktion in diesen Fabriken soll binnen vier Jahren aufgenommen werden können.

Keine Freilassung der verhafteten Kommunisten

Delhi, 10. März. ag (AFP) Innenminister *Nanda* gab am Mittwoch vor dem indischen Unterhaus bekannt, daß die Regierung nicht beabsichtige, die 141 in Kerala *inhaftierten Kommunisten* freizulassen, obwohl 29 von ihnen jüngst in die Legislativversammlung des südindischen Gliedstaates gewählt worden seien. Nanda präzisierte in Beantwortung von Fragen, daß die 141 Personen am 29. Dezember verhaftet worden sind, weil verhindert werden müsse, daß sie der Verteidigung, der Sicherheit und der öffentlichen Ordnung in Indien schaden könnten.

Die Erklärungen Innenminister *Nandas* hatten den Eindruck nicht zu zerstreuen vermocht, daß eine Einflußnahme auf die Wahl beabsichtigt war. Um so weniger kann die Regierung jetzt an die Freilassung der Gewählten denken; sie würde sich sonst dem berechtigten Vorwurf des Opportunismus aussetzen. Mit 28 von 40 Abgeordneten im Gefängnis ist eine Regierungsbildung durch die Linkskommunisten ausgeschlossen.

UND WAS DIE "VOLKSSTIMME" STAMMELT . . .

Trivandrum, 6. März

Bei den Wahlen in das Landesparlament des südindischen Bundesstaates Kerala erhielt die unter der Führung des früheren kommunistischen Ministerpräsidenten Nambudiripad stehende und von der Kommunistischen Partei abgespaltene Partei 58 Sitze und die Kongreßpartei 36 Sitze. Auf die Kommunistische Partei entfielen zwei Mandate.

TRIBÜNE DER JUGEND - TRIBÜNE DER JUGEND - TRIBÜNE

„LINKS"

Die anscheinend recht rührige Bezirksgruppe Wien-Innenstadt der FÖJ gibt seit Jahresanfang eine sich "LINKS" nennende Monatszeitung heraus, die aus verschiedenen Gründen Aufmerksamkeit verdient. Erstens ist es eine mit einfachen Mitteln recht geschickt gemachte, originelle Zeitung, die bewußt versucht, neue Wege zu beschreiten und aus dem dirigierten Hühnerstall auszubrechen, in dem einige beamtete "Instruktoren" die Jugendorganisationen halten wollen. Zweitens ist es nach eigenen Angaben "eine Bezirkszeitung **einer** FÖJ-Gruppe für **alle** FÖJ-Gruppen", d.h. die Zeitung hat weit über den lokalen Bereich hinausgehende Ambitionen, was wohl mit zu dem heftig zurückgewiesenen Vorwurf beigetragen hat, die FÖJ-Gruppe der Wiener Innenstadt betreibe eine offene oder "schleichende" Abwerbung gegenüber anderen FÖJ-Gruppen. Drittens und vor allem aber ist "LINKS" eine Zeitung, die bei allem guten Instinkt **politisch**

oft noch unklar, in vielem - wie sie selbst betont - "noch unausgegoren, ungehobelt, oberflächlich" ist, sich aber bessern möchte.

Neben vielem Positiven kommt diese Unfertigkeit in den vorliegenden drei Nummern mehrfach zum Ausdruck. Die berechtigte Unzufriedenheit mit der Parteiführung ist zu wenig gezielt und differenziert, und die Tendenz, alte "Tabus" zu bekämpfen, mündet nicht selten in eine Richtung, die man eher mit "RECHTS" als mit "LINKS" bezeichnen müßte. Wir stoßen hier auf Erscheinungen, die wir unter politisch weniger erfahrenen Menschen relativ häufig finden: Sie spüren, daß was faul ist, doch sie erfassen zu wenig genau, worin es liegt und warum es faul ist. Sie laufen mit Recht gegen das Negative und Schädliche Sturm, aber da ihr Urteil unsicher ist, schlagen sie hier und da auch auf das Brauchbare oder sogar Notwendige ein, während sie andererseits auch manches schonen, was man nicht schonen sollte.

Bei jungen Menschen, die noch keine Gelegenheit hatten, eigene revolutionäre Erfahrungen zu sammeln und die dafür auch im Studium der Geschichte der Arbeiterbewegung keinen Ersatz finden, selbst wenn sie es betreiben würden, sind gelegentliche Fehlurteile überhaupt unvermeidlich und man sollte sie nicht tragisch nehmen, wenn nur das Wesentliche stimmt!

Wesentlich ist eine richtige Grundeinstellung zu den Problemen der kämpfenden Arbeiterklasse, ein gesunder proletarischer Instinkt, die Bereitschaft zur Aktivität und das Bemühen, aus Fehlern und Halbheiten zu lernen. Wesentlich ist darüber hinaus natürlich auch die freundschaftliche Hilfe durch erfahrenere Kommunisten, deren revolutionäre Gesinnung ihnen die Liebe zu den Jungen und die eigene Jugendlichkeit bewahrt hat. Doch hier haperts ja schon...

Was die revisionistische Führung der KPÖ betrifft, ist sie zu einer solchen Rolle schon längst untauglich geworden. Mit dem, was sie können, kann man die Jugend nicht begeistern. Und sie werden Experimente und Erscheinungen wie das "LINKS" auch dann mit scheelen Augen ansehen und abzutöten suchen, wenn die Kritik noch unsicher und mit der Akzeptierung einiger Auffassungen verbunden ist, die ihr die Schärfe nehmen.

Wir entnehmen den folgenden Artikel, der veranschaulicht, was wir meinen, ungekürzt der Nummer 3 (März 1965) von "LINKS":

BOLTZMANNGASSE

DAS FÄHNLEIN DER GERECHTEN

Am 31. Jahrestag der Februarereignisse gab die österreichische Arbeiterklasse, vertreten durch etwa 120 FÖJ-ler ihren flammenden Protest gegen die verbrecherische Politik der USA in der Nähe der amerikanischen Botschaft kund.

Die ganze Woche wartete die Polizei vor der Botschaft in der Boltzmanngasse. Endlich - durch einen zweiten (!) Bombenflug auf Nordvietnam erwachte das politische Gewissen unserer Bewegung. Das Fähnlein der Gerechten setzte sich in Richtung Boltzmanngasse in Bewegung. Die Kommunistische Partei gedachte derweil des 12. Febers und erschien nicht. Mutig, aber isoliert, marschierte man mit Sprechchören und Sandwich-Tafeln in das enge Gäßchen. Die Polizei, erstaunt und erfreut über den milden Druck, dem sie ausgesetzt war, grabste sich sechs heraus (5 % der Demonstranten), schlug davon einen bewußtlos, - der Zauber war vorbei.

Außer der Partei ist niemand ein Vorwurf zu machen. Unserer Organisation war es ein Bedürfnis, darüber hinaus erschien es uns - mit Recht - als notwendig, gegen solche Banditenmethoden der Amerikaner zu demonstrieren.

Am nächsten Dienstag kam es im Bayrischen Hof zur angekündigten Protestkundgebung der Partei. Der Saal war voll. Die Partei und die Jugend hatte sich versammelt. Dem Abend ging naturgemäß ein Vormittag voraus, an dem die Partei in Anbetracht der beruhigten Lage in Vietnam sich entschloß, es bei dieser Kundgebung bewenden zu lassen bzw. dem anklopfenden FÖJ-Sekretariat abzuraten, noch irgendetwas anderes zu unternehmen, solange in Süd-Ostasien nichts Neues geschieht. Viele FÖJ-ler gingen aber mit der Erwartung hin, daß man zahlenmäßig stärker, eine zweite Demonstration veranstalten sollte.

Der Redner - Genosse Friedl Fürnberg - war die zweite Enttäuschung jenes Abends, sofern man sich etwas erwartet hatte. In volkstümlicher Form belehrte er die anwesenden Kommunisten und die, die es noch werden wollen, wie unrecht die Amerikaner, die Kronenzeitung, die Arbeiterzeitung haben, wie richtig unsere Meinung ist. Es gab kaum jemanden im Saal, der dies nicht schon gewußt hatte, und keiner dachte daran, es zu bezweifeln. Die meisten lasen in jener angespannten Woche doch die Volksstimme. Kein Wort von der Auswirkung dieser Krise auf den Konflikt mit China, keine Argumentation für beunruhigte Genossen, die der Meinung waren (und sind), daß die UdSSR zu lange zögere, keine Gegenmaßnahmen androht, sondern aus Angst (wie sie sagen) eine Schweinerei nach der anderen duldet. (Diese Besorgnis unter den Genossen gibt es und wird auch Genosse Fürnberg nicht leugnen). Aber nichtsdestotrotz, böser amerikanischer Imperialismus hin, glorreiche, mutige, aufrechte Völker her und ein bißchen moralisches Recht - wir wissen es. Man betreibt simple Fixierungen, um eine politische Selbstbefriedigung, eine Anagitation der eigenen Genossen aufrecht zu erhalten? Und vergißt völlig, von der riesigen Verantwortung der UdSSR, ihrem klugen Friedenskonzept, selbst in so kritischen Momenten, zu sprechen?

Die Schamröte ins Gesicht trieb es den Demonstranten, als Genosse Fürnberg im Zusammenhang mit der mutigen Aktion der Freien Österreichischen Jugend bedauerte, DASS NICHT NOCH MEHR LEUTE BEI DER AMERIKANISCHEN BOTSCHAFT ERSCHIENEN WAREN.

Vorläufig hätte sich die Jugend mit der Partei begnügt, aber die war behindert und daher verhindert.

Anschließend marschierte die Jugend und ein Teil der Genossen durch die fast menschenleere Taborstraße zum Schwedenplatz, Sprechchöre im Kanon rufend. Beim Laurenzerberg, in der stillsten Ecke nebst dem Hausboot sprach ein Redner in herzerfrischendem Optimismus: "Sollte sich die Lage weiter zuspitzen, dann werden uns auch keine Gummiknüppel aufhalten."

Das walte Gott.

Parteileben - Aus dem Parteileben - Aus dem Parteileben

GENOSSE BROESSLER IN DER AUSSCHLUSS-MASCHINE

Als sich Genosse Robert Broessler, langjähriger Mitarbeiter der "Volksstimme" und seit rund 2o Jahren Parteiaktivist, im September 1964 der "Roten Fahne" anschloß, antworteten die Revisionisten sofort auf die übliche Weise und begannen seinen Ausschluß zu betreiben. Doch sie hatten sich die Sache einfacher vorgestellt als sie war. Obwohl man hoffte, in einem so wenig proletarischen Bezirk wie der Wiener Innenstadt rasch eine "Mehrheit" für den Ausschluß zustandezubringen und Tilly Spiegel, die Frau des Chefrevisionisten Franz Marek, ihren Ehrgeiz dreinsetzte, die Sache schnell durchzuboxen, war eine monatelange "Kleinarbeit" erforderlich, bis am 28. Jänner 1965 eine Mitgliederversammlung einberufen werden konnte, deren Punkt 3 lautete: "Zuendeführung der Angelegenheit des Genossen Broessler". Tilly Spiegel eröffnete die Versammlung mit dem Antrag, den Punkt 3 sofort zu erledigen, da er schon "geklärt" sei und nur mehr wenige Minuten kosten würde. Außerdem hatte Genosse Broessler, nach seinem Verhältnis zur "Roten Fahne" und den von ihr vertretenen Grundsätzen befragt, mit einer uneingeschränkten Solidaritätserklärung geantwortet. Doch wieder lehnten die Genossen eine Schnellsiedemethode ab und erzwangen in einer eigenen Abstimmung eine gründliche Diskussion. Sie dauerte 3 Stunden. Und während sich in der Versammlung Spiegel und das Stadtleitungsmitglied Karger bemühten, die Sache durchzusetzen, konnte man im Sekretariat noch rasch zwei "sichere" Stimmen für den Ausschluß mobilisieren. Sie kamen zur rechten Zeit und entschieden das Abstimmungsergebnis: 9 Stimmen gegen den Ausschluß und 10 Stimmen dafür. Also wird nun Genosse Broessler ganz "demokratisch" und "statutenmäßig" aus der KPÖ ausgeschlossen. Wieder einer.

DIE TRAURIGE LAGE IN DER PARTEI

In der theoretischen Monatsschrift der KPÖ, "Weg und Ziel", hat zwischen Juni 1964 und Februar 1965 eine "Diskussion über Perspektiven" stattgefunden, die dazu dienen sollte, dem "ZK der KPÖ zu erleichtern, die Thesen zum nächsten Parteitag vorzubereiten". Wie sich schon aus dem Profil der Veranstalter dieser Diskussion, aber auch aus dem Einleitungsartikel ergab, mit dem Chefredakteur Marek den Rahmen des Disputes absteckte, konnte es sich um keine echte Diskussion über die tatsächlich vor der Partei stehenden Probleme handeln - ganz abgesehen davon, daß selbst unter jenen Diskutanten, die keinen Anlaß für eine Zensur zu bieten hofften, nicht alle die Marekschen Hürden zu nehmen vermochten.

Und dennoch! Sogar das, was schließlich herauskam, ist überaus lehrreich. Wenn schon keine Perspektive, so gibt es doch einen erschütternden Einblick in die Situation, die ein Jahrzehnt Revisionismus in der Partei hinterlassen hat. Sogar dort, wo einige Diskussionsteilnehmer den qualvollen Versuch unternehmen, quasi als "Überreste des Personenkults" hinzustellen, was in Wahrheit die faulen Früchte des Revisionismus sind, ist ihre Darstellung der innerparteilichen Situation, der innerparteilichen Demokratie, der Ignoranz gegenüber den historischen Tatsachen und Notwendigkeiten von einer Deutlichkeit, die nichts zu wünschen übrig läßt. Es genügt, die folgende Blütenlese zu überfliegen:

Wir sind von tiefer Sorge über die weitere Schwächung unserer Partei erfüllt.

J. Podhostnik (Graz)

hat es den Anschein, daß wir in diesen sechs Jahren um keinen einzigen Schritt weitergekommen sind (eher das Gegenteil)

P. Aschner (Wien 14)

Unsere Parteiorganisationen befinden sich in einem Zustand der ideologischen Unterernährung: Menschen, die Jahrzehnte in der Arbeiterbewegung stehen, werden nicht vor die großen Probleme unserer Zeit gestellt, sondern ihre ganze Kraft, die Kraft der Masse der Kommunisten wird auf die Erledigung der Aufgaben des Tages konzentriert.

Denken wir doch nur an den Wiener Ersten Mai! Wie wenig ließen wir da die großen Grundgedanken des Sozialismus und der internationalen Solidarität schwingen! Wie wenig war hier der Hauch der großen zukunftsbestimmenden Bewegung, zu der wir gehören, zu spüren.

F. Glaubauf (Wien)

Daß sich die Partei in einer katastrophalen Lage befindet, spricht sich schon herum.

Ein Grundprinzip der Demokratie ist das Recht auf Information. Gerade dieses wird von der Parteiführung konsequent mißachtet.

H. Mum (Wien 10)

Haben wir die SPÖ von ihrer Politik der Klassenversöhnung abbringen können? Ist unser Einfluß auf die Arbeiterschaft größer geworden? Haben wir unsere parlamentarischen und außerparlamentarischen Positionen verstärkt? Ist unsere Partei stärker geworden? Nein! Das Gegenteil von all dem ist eingetreten.

Wir differenzieren frisch darauf los und bauen uns eine Welt voller Illusionen, zumindest für die nahe Zukunft.

L. Schabata (Wien 2)

In den Wohngebieten kann man immer wieder feststellen, daß die Mitglieder der BO den Wohngebieten und der Parteiarbeit fremd geworden sind. Sie erscheinen in den Wohngebieten nicht mehr, von einer Mitarbeit ist kaum mehr zu reden. Wer wegen Betriebswechsels aus einer BO herausgegangen ist und von einer anderen BO nicht zufällig erfaßt wurde, ist zum großen Teil für die Partei verlorengegangen, da er selbst zu der Wohnorganisation nicht mehr zurückfindet. Bei den Überweisungen der BO an die Wohngebiete — soweit diese überhaupt vorgenommen werden — kann man mit Bedauern feststellen, daß das betreffende Mitglied entweder schon monatelang nicht mehr kassiert wurde oder überhaupt nicht mehr Mitglied unserer Partei ist. Nur selten gelingt es, ein solches Mitglied wieder in die Partei zurückzuführen.

F. Vogl (Wien 12)

Warum müßte, wäre, brächte?

Weil wir im Kleinkram stecken, weil wir uns von den herrschenden Parteien die Gangart aufzwingen lassen, weil wir vor der Unreife der „Masse“ kapitulieren, und vor allem, weil wir durch den Zusammenbruch unseres theoretischen Rückgrats das Vertrauen in die Gesellschaftswissenschaft, wie überhaupt zu bestimmten wissenschaftlichen Fragen, verloren haben!

In unserer Verzweiflung über unsere Unselbständigkeit und Hilflosigkeit schielen wir zu unseren diversen „Nachbarn“ hinüber und schreiben von ihnen ab, was halbwegs nah und leserlich ist. Wie an einen Strohhalm klammern wir uns an alles Unmittelbare, Greifbare, und werden zusehends kleinmütiger. Wir spielen „Strategie und Taktik“ wie ein General in Pension oder in Gefangenschaft. Unser „Apparat“ — einst Werkzeug und Waffe eines Zwecks, der Sinn und Existenzberechtigung hatte — gleicht mehr und mehr einer „Firma“, die zwar nicht auf Gewinn gestellt, doch scheinbar kostendeckend „Erinnerungswerte“ zu produzieren und zu handeln imstande ist.

G. Vanc (Wien 21)

der oft beklagte Kadermangel berührt das an sich überholte Wesen des Apparates nicht, nämlich seine mehr oder minder komplette Verselbständigung; die Gewohnheit seiner Mitglieder, eine Art verschworene Gemeinschaft gegenseitigen Schutzes zu bilden; ihre Überzeugung, allein zu wissen, was parteimäßig oder nicht ist; ihre schier unerträgliche Selbstgefälligkeit und Rechthaberei.

Es ist schwer, zu schildern, wie niederdrückend „Tagungen“ dieses Apparates (und die gewöhnlichen, sozusagen ganzjährig vor sich gehenden „Arbeits“-Konferenzen sind im allgemeinen fast ausschließlich aus verschiedenen „praktischen“ Gründen für freigestellte Parteiarbeiter veranstaltet) auf den wirken können, der nicht von der Betriebsblindheit betroffen ist, von der auch die Besten eines Kollektivs geradezu unvermeidlich, trotz allem gutem Willen und eifrigen Bemühungen, betroffen sein müssen, die nun seit nahezu zwei Jahrzehnten zusammengehören; wie sehr solche „Beratungen“, wo wohl nicht wenig genörgelt wird, dennoch jeden Versuch einer grundsätzlich-kritischen Selbstklärung von „unten“ ersticken; jede frische oder einfach nur ungewohnte Regung dezimieren und allem, was noch nicht durch und durch durchgekaut, ausgelaugt, weil schon seit eh und je gültig ist, mit säuerlichem Mißmut, mit wachsamem Mißtrauen und selbstsicherer Rechthaberei begegnen.

T. Spiegel (Wien 1)

Es ist eine Tatsache, daß es uns seit dem Abschluß des Staatsvertrages fast nirgends gelungen ist, unsere Position als Partei zahlenmäßig zu erhalten. Noch viel weniger kann man davon sprechen, daß wir als Partei in irgendeiner Institution unserer Republik mehr Einfluß als früher hätten.

Viele ehrliche Genossen haben resigniert und sich aus dem Parteileben zurückgezogen. Die Mitgliederversammlungen sind immer schlechter besucht, und kommt dann und wann einmal ein junger Arbeiter in die Partei, wird er vom Inhalt unserer Versammlungen angeödet und bleibt wieder weg.

E. Fischer (Berndorf)

Ist es nicht ein ernstes Problem, daß die Genossen im Apparat vollbeschäftigt sind, „fleißig mobilisieren, organisieren, telephonieren und so weiter“, und unten in den Grundorganisationen verläuft das meiste im Sande, weil es zwar einen großen Generalstab gibt, an der Front aber nur der Volkssturm übrig ist, der nicht mehr imstande ist, zu kämpfen und der den vergangenen großen Zeiten nachtrauert?

L. Grimm (Wien 17)

Es gibt Dutzende von Mitgliedern unserer Partei, die abseits des Parteilebens vegetieren, ja die wenigsten kennt man, oder man hat sie vergessen.

E. Grusch (Wien 13)

tausende Kommunisten haben den Glauben an eine künftige Bedeutung der Partei verloren, verfielen in Passivität oder sind, teilweise auch unter dem Druck der Gegner, aus der Partei ausgetreten.

Das Mißtrauen der Werktätigen gegen die politischen Absichten unserer Partei hat sich vertieft, und die Isolierung hat in beängstigendem Ausmaß zugenommen.

E. Musial (Wien 3)

Wir hatten fast unbegrenztes Vertrauen zur Führung der Partei, wir haben sie geliebt, heute müssen wir Fragen stellen.

Die Mitgliederzahl der Partei ist dezimiert, in den Gebieten treffen sich, mit Ausnahmen, wenige alte Genossen, die hauptsächlich organisatorische Fragen besprechen und kaum die brennenden politischen und Parteifragen. Sie haben nicht die Kraft, die vielfach entstandenen neuen Wohngebiete zu bearbeiten. Wir haben 40 Prozent der Wähler und unsere Nationalräte verloren, die Vertretung im Wiener Gemeinderat blieb mit knapper Not erhalten, weil wir nur so viele Stimmen verloren, als Mitglieder starben. Die Partei stagniert.

E. Massarek (Wien 22)

Gehen unsere Mandatare ins Volk? Zum großen Teil nicht. Sie treten nicht einmal in den einzelnen Grundorganisationen auf und geben Rechenschaft über ihre Arbeit. Nehmen wir als Beispiel den Wiener Landesobmann der Partei. Wie oft kommt er in die Bezirke, und wie oft spricht er in öffentlichen Versammlungen außer der Wahlzeit?

K. Tessler (Wien 12)

In politischen Stellungnahmen bleiben stets genaue und objektive Einschätzungen der Situation innerhalb der Partei aus. Was in dieser Richtung gesagt wird, erschöpft sich meist in zweckoptimistischen und selbstzufriedenen Äußerungen, die von der Wirklichkeit himmelweit entfernt sind.

Über die wahre Lage in der Partei wird offensichtlich nur intern gesprochen. Hier darf nichts nach außen dringen, und ja kein Mitglied darf erfahren, in welcher Richtung sich dieser oder jener Funktionär äußert.

K. Brem (Wien 20)

Die Isolierung der Partei von den Massen ist noch immer nicht überwunden — aber noch schlimmer ist die Isolierung der Parteiinstanzen von der Mehrheit der Mitglieder.

Sie sprechen von Erfolgen (?), blind und taub, denn sie wissen anscheinend nicht, daß wir von Aktion zu Aktion weniger Aktivisten, von Jahr zu Jahr weniger Mitglieder und von Wahl zu Wahl weniger Wähler haben. Sie erklären alle Rückschläge aus der allgemeinen politischen Lage heraus und zertreten jede Regung einer Kritik mit ihrem zentralistischen Stiefel.

J. Peschek (Wien 4)

Immer nach den Wahlen, welche bis auf kleine Ausnahmen, vor allem in der letzten Zeit in Kärnten, mit einem größeren oder kleineren Mißerfolg endeten, fragt sich jeder ehrliche Genosse oder Funktionär, der im Wahlkampf sein Möglichstes geleistet hat: Warum dieses Ergebnis? Was ist schuld, daß wir nicht zwei Schritte vor, einen Schritt zurück, sondern fast umgekehrt marschieren?

immer glaubte man, jetzt wird's bei der SPÖ einschlagen. Aber es schlug nicht ein, sondern die SPÖ bekam immer mehr Stimmen, eingeschlagen hat's immer nur bei der KPÖ.

D. Krammer (Villach)

erfolgt eine Gegenüberstellung von „Altem“ und „Neuem“. Dabei erfährt die politische Realität so grausame Verdrehungen, daß man manchmal meinen könnte, das „Neue“ bestehe darin, die SPÖ-Führung gegen den Unmut ihrer eigenen Mitglieder schützen zu müssen.

W. Riemer (Salzburg)

Es bleibt unbestritten, daß unsere Partei in politischer und organisatorischer Hinsicht stagniert. Daran können auch die Diskussionsbeiträge einiger Genossen nichts ändern, die in selbstgefälliger Art

und Weise einige Zufallserfolge als bezeichnend für die Entwicklung unserer Partei ausgeben wollen. Tatsache ist, daß unser Einfluß ständig sinkt, daß sich von Wahl zu Wahl immer weniger Wähler für uns entscheiden und daß es fast keinen Nachwuchs für unsere Organisationen gibt. Die Wohngebiete bestehen fast nur mehr aus einigen alten Genossen, die ihre Arbeit seit Jahrzehnten leisten und jetzt ermüden.

M. Subik (Wien 22)

wir vermitteln unseren Mitgliedern fast keine Kenntnisse über unsere Grundsätze und über unser Ziel.

K. Flanner (Wr. Neustadt)

diskutieren viele Genossen im Familien- und Freundeskreis viel offener und freimütiger als bei Parteizusammenkünften. Warum ist das so? Ich glaube nicht, daß Feigheit oder Unsicherheit der Grund ist. Aber wer nimmt es schon auf sich, als Diskutierer, Besserwisser, Kritikaster oder gar als Parteischädling bezeichnet zu werden?

H. Badner (Wien 10)

Unser Zentralkomitee, unsere Landesleitungen sind Instanzen, die nur Beschlüsse von sich geben, aber nie verraten, wie diese Beschlüsse zustande kommen.

Ob in der Wohnorganisation, in der BO oder auf einer Parteikonferenz — die dort vorgebrachten Auffassungen, Kritiken und Vorschläge verschwinden wie in einer Versenkung.

F. Mautner (Wien 2)

"Das Hauptproblem der Diskussionsgrundlage wurde wenig berücksichtigt", schrieben die Veranstalter der "Diskussion über Perspektiven" nach dem Abdruck von 80 Beiträgen, in denen sich eine neunmonatige Diskussion manifestierte. Sie waren unzufrieden, daß die "Diskussion über Perspektiven" alles mögliche ergeben hatte, nur keine Perspektiven, und wunderten sich über die Totgeburt. Mit Unrecht. Wo in der Welt hat denn der Revisionismus jemals Perspektiven gehabt?!

Theodor HEISS
Wien 18.,
Czartoryskigasse 5/7

Wien, am 12.2.1965

An die
Schiedskommission des ZK der KPÖ
Wien 20.,
Höchstädtplatz 3

Betrifft: Entscheid der Wiener Schiedskommission der KPÖ vom 2.2.1965

Gegen den Entscheid der Wiener Schiedskommission vom 2.2.1965 erhebe ich innerhalb offener Frist Einspruch.

Begründung: Die Schiedskommission legt mir fraktionistische Tätigkeit im Rahmen der ROTEN FAHNE zur Last. Diese Beurteilung stützt sich auf ein Statut, mit dem es eine besondere Bewandtnis hat. Es wurde als wertvolles Dokument von Genossen erstellt, deren Treue zum Marxismus-Leninismus außer Frage stand und war daher auch in seinen formalen Einzelheiten gerechtfertigt.

Seit einigen Jahren ist dieses Statut jedoch zum Werkzeug einer Revisionistengruppe geworden, die selbst unter Anwendung heimtückischer Methoden des Fraktionskampfes die Macht in der Partei an sich gerissen hat.

Diese Leute verwenden jenes Dokument, das dazu bestimmt war, die Grundfesten einer marxistisch-leninistischen Geisteshaltung innerhalb des Parteigefüges zu sichern, zur Maßregelung und zum Ausschluß treuer Kommunisten.

Ich spreche daher der revisionistischen Fraktion innerhalb der KPÖ das Recht ab, unter Zuhilfenahme eines usurpierten Statuts über meine politische Tätigkeit, zu der ich mich verpflichtet fühle, zu urteilen.

Theodor Heiss e.h.

DOKUMENTE DER REVOLUTIONÄREN WELTBEWEGUNG - DOKUMENTE

Wir entnehmen die folgende "Vorbemerkung", die der chinesische Verlag "Shijie Zhishi" dem 3. Band der von ihm herausgegebenen gesammelten Reden und Schriften N. S. CHRUSCHTSCHOWS voranstellt, der Nummer 9/1965 (2. März) der seit Sempteber 1964 in deutscher Sprache erscheinenden Wochenschrift "PEKING RUNDSCHAU".

Die Zeitschrift sowie andere Publikationen aus der Volksrepublik China können bestellt werden per Adresse "Peking Rundschau", Postamt Wien 152, Postfach 15.

Vorbemerkung des Herausgebers zum dritten Band der „Erklärungen und Schriften Chruschtschows"

Der dritte Band der chinesischen Kollektion der „Erklärungen und Schriften Chruschtschows" kommt soeben aus dem Druck und wird bald in ganz China in den Verkauf gelangen.

Gesammelt und veröffentlicht vom chinesischen Verlag Shijie Zhishi (Weltwissen), enthält der Band vierundzwanzig Reden, Berichte, Briefe und Artikel Chruschtschows, die 1954 veröffentlicht wurden. Der Band enthält etwa 325 000 chinesische Schriftzeichen.

Der Band ist mit einer Vorbemerkung des Herausgebers versehen, deren vollen Wortlaut wir im nachfolgenden bringen. — Die Red.

Vor dem Sturz Chruschtschows haben wir zwei Bände der „Erklärungen und Schriften Chruschtschows" veröffentlicht. Sie umfassen die Periode von 1932-53. In Übereinstimmung mit unserem Plan werden wir von nun an, Band für Band, alle öffentlichen Erklärungen und Schriften Chruschtschows aus seiner Zeit als Erster Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion bis zu seinem Sturz im Oktober 1964 im vollen Wortlaut veröffentlichen.

Chruschtschow ist kein Theoretiker, aber er hielt fast jeden Tag Reden und gab über alles, was auf der ganzen Welt und in der Sowjetunion geschah, Kommentare ab, wobei er oft aufs Geratewohl sprach und vollkommenen Unsinn daherredete. Ein grober Überschlag zeigt, daß seine öffentlichen Erklärungen und Schriften in den elf Jahren seiner Amtszeit ungefähr zehn Millionen Worte enthalten — wahrlich eine Flut von übler Geschwätzigkeit. Infolgedessen werden wir insgesamt dreißig Bände veröffentlichen müssen. Auf diese Weise wird Chruschtschow seine vollständigen Werke haben, die der Welt erhalten bleiben, und zum Heil der Menschheit nicht in Vergessenheit geraten.

Es ist bedauerlich, daß wir zur Zeit nicht in der Lage sind, den schamlosen Anti-Stalin-Geheimbericht, den Chruschtschow auf dem XX. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion gab, zu bringen; obwohl einige westliche Zeitungen den vollen Wortlaut einer Kopie des Berichtes, die das State Department der Vereinigten Staaten von Amerika erhalten hatte, brachten, wurde er in der Sowjetunion nie veröffentlicht.

Man könnte fragen: Welchen Sinn und Zweck soll es haben, soviel Energie und Papier zu verschwenden, nur um die vollständigen Werke Chruschtschows zu veröffentlichen?

Wir meinen, daß das sehr nützlich und notwendig ist, und zwar deshalb, weil Chruschtschow der größte Revisionist unserer Zeit ist. Der moderne Revisionismus trägt den Stempel Chruschtschows. Die Kollektion der Erklärungen und Schriften Chruschtschows ist eine Enzyklopädie des modernen Revisionismus. Jedermann kann aus ihnen den Revisionismus Chruschtschows erkennen und die Geschichte seines Wachstums und seines Bankrotts verfolgen.

Der Revisionismus Chruschtschows trat das erste Mal als antimarxistisch-antileninistische Linie auf dem XX. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion in Erscheinung. Auf dem XXII. Parteitag der KPdSU war er schon zum System ausgearbeitet und nahm außerdem im Parteiprogramm der KPdSU feste Gestalt an. Er übernahm das Vermächtnis Bernsteins und Kautskys und stellt sich unter den Losungen der „friedlichen Koexistenz", des „friedlichen Wettbewerbs" und des „friedlichen Übergangs" gegen die Revolution und gegen die marxistisch-leninistischen Lehren über die proletarische Revolution. Unter den Losungen des „Staats des ganzen Volkes" und der „Partei des ganzen Volkes" gibt er die Diktatur des Proletariats auf, verändert die Natur der proletarischen Partei und öffnet der Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion Tür und Tor. Gegen den USA-Imperialismus verhielt sich Chruschtschow servil und zeigte sich ganz als Renegat. Den sozialistischen Bruderländern und Bruderparteien, die am Marxismus-Leninismus festhalten, und den Volksmassen zeigte er seine Zähne und behandelte sie mit eingefleischtem Haß. Er wendete seine ganze Energie zur Unterminierung des sozialistischen Lagers und der internationalen kommunistischen Bewegung auf und erfüllte damit die Funktion, die die Imperialisten und Reaktionäre selbst nicht erfüllen konnten. Er

verdient den Namen „größter Spalter der Gegenwart". Aber gerade weil Chruschtschow sich in Opposition zu den sowjetischen Massen, zu mehr als 90% der Sowjetbevölkerung und zu mehr als 90% der Weltbevölkerung stellte, kam er ins Schlittern und nahm ein schnelles Ende. Das ist ein ehernes Gesetz der historischen Entwicklung.

Chruschtschows Revisionismus ist ein giftiges Unkraut. Einmal ausgerissen, kann es aber als Düngemittel verwendet werden. Der Materialismus kann nicht wachsen ohne Widerlegung des Idealismus. Die Dialektik kann sich nicht entwickeln ohne Widerlegung der Metaphysik. Es kann keine schöpferische Entwicklung des Marxismus-Leninismus geben, wenn der moderne Revisionismus und der moderne Dogmatismus nicht widerlegt werden. Die Geschichte zeigt, daß jeder Fortschritt des Marxismus-Leninismus im Kampf gegen antagonistische Ideologien errungen wird. Genosse Mao Tse-tung hat uns gesagt, daß revolutionäre Parteien und Völker sich nur durch den Prozeß andauernder Erziehung durch positives und negatives Beispiel und durch den Prozeß von Vergleich und Kontrast stählen, Reife erreichen und den sicheren Sieg erringen können. Wir chinesische Kommunisten haben in Marx, Engels, Lenin und Stalin positive Lehrmeister. Wir haben auch Lehrmeister durch negatives Beispiel, z.B. Tschiang Kai-schek, die japanischen Imperialisten, die USA-Imperialisten und diejenigen Leute unserer Partei, die den Fehler begingen, die „links"- oder rechtsopportunistische Linie anzunehmen. Die chinesische Revolution wäre nicht siegreich gewesen, wenn es nur positive Lehrmeister gegeben hätte und keine Lehrmeister durch negatives Beispiel. Jene, die die Rolle der Lehrmeister durch negatives Beispiel geringschätzen, sind keine gründlichen dialektischen Materialisten. In diesem Sinn wird die Veröffentlichung der vollständigen Werke Chruschtschows nicht nur der Revolution und dem Aufbau Chinas, sondern auch der revolutionären Sache auf der ganzen Welt nützen.

Wir mischen uns nie in die inneren Angelegenheiten anderer Länder und anderer Parteien ein. Trotzdem möchten wir aber Chruschtschow ein bißchen in Schutz nehmen. Diejenigen, die keine Mühe scheuten, Chruschtschow in den Himmel zu heben, und gerade noch Medaillen an seine Brust geheftet hatten, verfielen nach seinem Sturz plötzlich ins gerade Gegenteil und gaben die Anordnung, alle seine Werke, Photographien und Porträts zu konfiszieren und zu vernichten. Das ist aber auch kein richtiges Verhalten. Hatten sie nicht erst vor ein paar Tagen behauptet, Chruschtschow hätte den Marxismus-Leninismus entwickelt, er sei ein hervorragender und talentierter Führer und Theoretiker, er sei ein Mann, der das größte Interesse an der Einheit der internationalen kommunistischen Bewegung habe? Warum griffen sie dann nur ein paar Tage später zu ernsten administrativen Maßnahmen, seine mehr als zehn Millionen Worte umfassenden Werke den Flammen zu übergeben? Was nützt es, Bücher zu konfiszieren und zu verbrennen? Soll das ein Beweis sein, daß Chruschtschows Revisionismus über Bord geworfen wurde?

Chruschtschows erzwungener Abgang von der weltpolitischen Bühne bezeugt den Bankrott des chruschtschowschen Revisionismus. Aber der unheilvolle Geist Chruschtschows ist nicht verschwunden. Es gibt immer noch größere oder kleinere Gruppen von Leuten auf der ganzen Welt, in der Sowjetunion und sogar hier in China, die an den Revisionismus Chruschtschows glauben. Warum? Weil der Revisionismus Chruschtschows seinen Ursprung und sein Wachstum nicht einem Einzelnen oder einem zufälligen Faktor verdankt. Chruschtschows Revisionismus ist ein Produkt der Zeit. Er ist eine Widerspiegelung der reaktionären bürgerlichen Ideologie in der Epoche des Untergangs des Imperialismus und des Sieges des Sozialismus. Solange es Imperialismus und Reaktion und Klassenkämpfe zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie gibt, wird unweigerlich der unheilvolle Geist des chruschtschowschen Revisionismus entstehen und sich gegen den Marxismus-Leninismus stellen. Daher kann der Kampf gegen den chruschtschowschen Revisionismus keinesfalls enden. Es gibt ein altes chinesisches Sprichwort: „Durch wiederholtes Studium des Alten, lernen wir das Neue." Die Erklärungen und Schriften Chruschtschows sind für uns ein Spiegel, der uns den Chruschtschowismus ohne Chruschtschow erkennen läßt, damit wir den Kampf gegen den chruschtschowschen Revisionismus bis zum siegreichen Ende führen können.

Aus diesem Grund haben wir die Erklärungen und Schriften Chruschtschows von Jahr zu Jahr gesammelt und veröffentlichen ihren vollen Wortlaut. Wir bitten unsere Leser, nicht unwillig oder ungeduldig zu werden, wenn sie die Äußerungen dieses Ehrenmannes lesen, wenn diese Äußerungen auch Plunder sind. Wir sind nach wie vor der Ansicht, daß „wir dieses wunderschöne Werk bewundern und seine Unklarheiten analysieren" sollten. Chruschtschows Erklärungen und Schriften bieten ausgezeichnetes Material im negativen Sinn, und wir bitten alle, sie keineswegs ungelesen beiseite zu werfen.

Die albanische Initiative in der UNO

Unter dem Titel "Ein großer Sieg der Volksrepublik Albanien in der UNO" nahm das Zentralorgan der Partei der Arbeit Albaniens am 20.Februar 1965 zu dem Antrag des albanischen UNO-Delegierten Halim Budo Stellung, den Dauerschlaf der UNO zu beenden und sofort mit der Behandlung der aus 75 Punkten bestehenden Tagesordnung zu beginnen, die für die seit 1.12.1964 tagende UNO-Vollversammlung vereinbart worden war. Da der albanische Antrag in der ganzen Welt große Aufmerksamkeit erregt hat und weit über den Moment hinaus von Bedeutung ist, geben wir die diesbezügliche Stellungnahme von "ZERI I POPULLIT" in ihren wesentlichsten Teilen wieder.



Genosse Halim Budo während seiner Rede in der UNO

Dieser Tage wurde die UNO-Generalversammlung Schauplatz eines heftigen und entschiedenen Kampfes zur Zerschlagung des Komplottes der Imperialisten und Revisionisten, welches darauf abzielt, die UNO lahmzulegen, die Interessen der kleinen Staaten mit Füßen zu treten und den Willen nur zweier Großmächte zu diktieren. Der albanische Vorschlag, wieder mit der regelmäßigen Arbeit der UNO zu beginnen, stand in diesen Tagen und steht weiter auf der Tagesordnung der internationalen Öffentlichkeit.

Die Imperialisten und die Chruschtschow-Revisionisten haben alle Tricks der Geschäftsordnung, alle Vorzimmer-Intrigen, haben Erpressungen und Geheimdiplomatie angewandt, um den albanischen Antrag zu blockieren und zu sabotieren. Aber trotz dieser ihrer Bemühungen, trotz Drohungen und Beschimpfungen beharrte der Vertreter Albaniens, Genosse Halim Budo, unerschütterlich auf seinem Standpunkt und brachte die Generalversammlung schließlich doch dazu, sich in einer namentlichen Abstimmung zum albanischen Antrag zu äußern. Es war die erste Abstimmung der Vollversammlung seit 1.Dezember des Vorjahres!

Die von den USA an die Wand gemalte "Konfrontierung" fand nicht statt, weil sich der amerikanische Vertreter gezwungen sah, seinen früheren Standpunkt zu korrigieren und auf die Anwendung des Artikels 19 der UNO-Satzung zu verzichten. (Dieser Artikel gibt die Möglichkeit, UNO-Mitgliedern, die mit ihren Beitragszahlungen im Rückstand sind, das Stimmrecht zu nehmen. Anmerkg.)

Bei der namentlichen Abstimmung schloß sich Mauretanien dem albanischen Antrag an. Kambodscha und Saudi-Arabien nahmen an der Abstimmung nicht teil. Algerien, Burundi, Kongo (B), Kuba, Frankreich, Guinea, Mali, Portugal, Rumänien, Senegal, die Vereinigte Arabische Republik, Tanzanien und Yemen übten Stimmenthaltung. DIE VERTRETER DER USA UND DER SOWJETUNION STIMMTEN GEMEINSAM MIT DEN ANDEREN DAGEGEN.

Die arabischen Länder und viele der afrikanischen Länder haben sich also nicht den Imperialisten und Chruschtschow-Revisionisten angeschlossen, die die abnormale Lage in der UNO aufrechterhalten, diese Organisation unterdrücken und paralysieren möchten. Diese Länder haben sich der imperialistischen Erpressung nicht gebeugt, sondern haben in der einen oder anderen Form gezeigt, daß sie sich den Bemühungen der USA widersetzen, die Rechte souveräner Länder zu leugnen und ihre Stimme zu ersticken.

Aus dem Verlauf der Debatte über den albanischen Antrag kann man einige interessante Schlußfolgerungen ziehen. Was zeigte diese Debatte und die Abstimmung, die vorgestern in der UNO-Vollversammlung durchgeführt wurden?

Vor allem zeigten sie, daß der Antrag der Volksrepublik Albanien, unverzüglich mit der regelmäßigen Tätigkeit der Generalversammlung zu beginnen, der Festigung des Friedens und der internationalen Sicherheit dient, daß er den Wunsch und den Willen ausdrückt, der abnormalen und konfusen Lage ein Ende zu machen, in welche die USA-Imperialisten die UNO gebracht haben. Er entspricht dem aufrichtigen Bemühen, diese Organisation wieder auf den richtigen Weg zu führen, den ihre Charta vorgezeichnet hat, sie zu einem internationalen Forum zu machen, wo sich die Stimme aller Mitgliedstaaten, ob groß ob klein, frei und offen erheben kann. Das starke Echo, das der albanische Antrag in der ganzen Welt fand, beweist, daß er den Kern der Sache betraf und ein wichtiges internationales Problem, das viele beunruhigt, berührt. Indem er die Politik der Erpressung und des Diktates, welche die USA in der UNO durchführt, angriff, hat der albanische Antrag zugleich den Versuchen der US-Imperialisten und der Chruschtschow-Revisionisten einen Schlag versetzt, die UNO zu lähmen und in eine formlose Institution zu verwandeln, mit der man nach Belieben manipulieren kann.

Die amerikanischen Imperialisten und die Chruschtschow-Revisionisten haben mit allen Mitteln versucht, den wirklichen Sinn und die wahren Absichten des albanischen Vorschlags zu entstellen. Doch die Panik und die Verwirrung, die dieser Vorschlag in ihren Reihen hervorrief, bewiesen, daß er ins Schwarze traf, die Situation in der UNO aufzeigte und das Komplott enthüllte, das die USA-Imperialisten und die Chruschtschow-Revisionisten gegen die anderen, insbesondere gegen die kleineren Völker organisiert haben und mit allerlei Manövern tarnen wollen.

Die Abstimmung über den albanischen Antrag wird in die Geschichte der UNO eingehen, indem sie zeigt:

> Wenn man dem amerikanischen Imperialismus offen die Spitze bietet, ihm tapfer entgegentritt, wenn man - Zahn um Zahn - gegen ihn kämpft, dann ist er gar nicht dieser allmächtige Gott, der nach allen Seiten Blitz und Donner schleudern kann, sondern ein falscher Götze, der nicht imstande ist, seine Prahlereien und Drohungen wahrzumachen.

Die USA haben offiziell und inoffiziell, öffentlich und privat, feierlich und nicht feierlich, durch die Reden ihrer Führer und durch die Artikel ihrer Zeitungen, in der UNO und außerhalb der UNO immer wieder erklärt: Wenn es zu einer Abstimmung in der UNO käme, so würden sie auf Anwendung des Artikels 19 der UNO-Satzung bestehen, der jenen Ländern, die "Schuldner" der Organisation sind, das Stimmrecht zu entziehen erlaubt. Wiederholt haben die USA demonstriert, daß sie unerschütterlich und unveränderlich entschlossen seien, in dieser Frage bis zur letzten Konsequenz zu gehen. Arrogant und hochmütig haben sie alle Ratschläge und Empfehlungen von UNO-Mitgliedstaaten zurückgewiesen, die sie aufforderten, auf ihre absurde und ungerechte Haltung zu verzichten, die UNO nicht an der Durchführung ihrer regulären Tätigkeit zu hindern, sich auf den Weg der internationalen Zusammenarbeit zu begeben und auch die Meinungen und Interessen der anderen Staaten zu berücksichtigen.

Was aber geschah bei der Abstimmung über den albanischen Antrag? Der Bluff der USA wurde entlarvt! Alle Welt sah, daß alle Drohungen der amerikanischen Imperialisten nichts als leere Erpressungen waren, um die UNO zu lähmen bzw. unter das amerikanische Diktat zu zwingen, um sie in eine Lage zu bringen, wo sie sich endgültig in ein willenloses Instrument der US-Politik verwandelt. Jetzt, da dieser große imperialistische Bluff zerschlagen und restlos enthüllt ist, kann man sehen, daß "der Teufel schließlich nicht so stark ist wie er tut".

> Durch die jüngste Abstimmung in der UNO-Generalversammlung wurde vor der gesamten Weltöffentlichkeit auch unmißverständlich die enge Zusammenarbeit enthüllt, die zwischen den amerikanischen Imperialisten und den Chruschtschow-Revisionisten auf Kosten der Völker und gegen die UNO selbst betrieben wird.

Der Vertreter der sowjetischen Revisionisten stimmte im Einklang mit dem Vertreter des US-Imperialismus. Damit lieferte er die offizielle Bestätigung dafür, daß die revisionistische sowjetische Regierung mit der USA-Regierung ein gemeinsames Komplott geschmiedet hat, mit dem Ziel, die UNO in ein folgsames Instrument ihrer Großmachtinteressen zu verwandeln. Die Chruschtschow-Revisionisten enthüllten durch diese Stimmabgabe ihre Zusammenarbeit mit dem amerikanischen Imperialismus zu dem Zweck, die UNO zu lähmen und sie daran zu hindern, die äußerst wichtigen Probleme zu behandeln, die auf der Tagesordnung der gegenwärtigen Sitzungsperiode stehen, darunter auch die Frage der Wiederherstellung der legalen und unbestreitbaren Rechte der Volksrepublik China.

> Die Haltung der US-Imperialisten und der Chruschtschow-Revisionisten machte unmißverständlich klar, daß das Gerede über die unbedingt zu vermeidende "Konfrontation der Großmächte" eine neue Form der Erpressung, der Einschüchterung und des Druckes gegenüber den anderen Staaten ist, um den zwischen diesen beiden Großmächten vereinbarten Kuhhandel zu tarnen und den Völkern, insbesondere den kleineren Völkern, den Glauben einzuhämmern, daß das Schicksal der Welt lediglich von den "zwei Großen" abhänge, weshalb alle wichtigen internationalen Fragen zuerst von ihnen beraten und entschieden werden müßten, bevor man sie den anderen Völkern zur Billigung vorlegt.

Man braucht gar nicht weit zurückzublicken, sondern es genügt die jüngste Abstimmung zum eindeutigen Beweis, daß die Generalversammlung der UNO zur Aufnahme ihrer Arbeit lediglich die Einwilligung des amerikanischen Vertreters braucht. Die Chruschtschow-Revisionisten sind so tief gesunken, daß sie es für ganz normal und in Ordnung finden, daß das entscheidende Wort, das Kommando, wie die Generalversammlung der UNO handeln soll, der US-Delegierte Stevenson hat.

Sehr bedeutungsvoll und wahr sind die Worte, die der Vertreter Mauretaniens, Ahmet Baba Miske, bei der Abstimmung über den albanischen Antrag an die Generalversammlung richtete:

> "Ich habe den Eindruck, daß die Sowjetunion und die USA die Verantwortung dafür tragen, daß die Generalversammlung an der Aufnahme ihrer normalen Tätigkeit gehindert wird. Sie bemühen sich, zumindest noch für dieses Jahr um jeden Preis die Aufnahme Volkschinas in die UNO zu verhindern. Sie wollen die Herren der Welt sein. Sie handelten so, als ob sie darauf abzielen, die UNO an ihrer normalen Tätigkeit zu hindern und sie ihrer Macht zu unterwerfen."

Abermals hat sich gezeigt, daß die demagogischen "antiimperialistischen" Losungen der modernen Revisionisten nur schlecht verhüllte Manöver sind, um naive Leute zu betrügen, ihre Aufmerksamkeit von den Komplotten abzulenken, die die Revisionisten mit den US-Imperialisten gegen die Interessen des sozialistischen Lagers und der revolutionären Befreiungsbewegung organisieren.

> Wie ihre Haltung auf der gegenwärtigen Tagung der Generalversammlung der UNO in der Praxis beweist, setzen die Revisionisten ihre Politik der Annäherung an den amerikanischen Imperialismus und der Kapitulation vor ihm weiter fort. Die revisionistischen sowjetischen Führer haben sich mit den amerikanischen Imperialisten gegen die Interessen der Völker zusammengeschlossen.

Unabhängig vom Ergebnis der Abstimmung, welche die imperialistisch-revisionistische Zusammenarbeit so deutlich gemacht hat, war die Initiative und die prinzipienfeste Haltung der Delegation der Volksrepublik Albanien auf der UNO-Vollversammlung eine glänzende Bewährung der revolutionären Außenpolitik unseres Landes, ein Sieg für die kleinen UNO-Mitgliedstaaten, denen die Prinzipien und Ziele der UNO-Charta mehr sind als bloße Worte.

Freilich ist das nur ein erster Schritt. Die Lage in der UNO ist weiterhin ernst

und voller Gefahren. Man muß dafür kämpfen, daß die UNO nicht paralysiert und untätig bleibt und daß den Plänen der US-Imperialisten, sie in ein Instrument ihrer aggressiven Politik zu verwandeln, ein Riegel vorgeschoben wird. Mehr denn je muß man jetzt die prinzipienlosen Kompromisse und den gemeinen Kuhhandel anprangern, den zwei Großmächte betreiben, um die UNO durch ihre Geheimdiplomatie zu ersetzen. Man darf absolut nicht erlauben, daß die großen internationalen Probleme der internationalen Beurteilung gar nicht unterbreitet werden, wie es die amerikanischen Imperialisten und ihre Mitarbeiter anstreben.

Nach wie vor kämpft die Volksrepublik Albanien dafür, die UNO im Geiste ihrer Charta auf den richtigen Weg zu bringen, sie zu einer effektiven Verteidigerin der Interessen der Völker gegen imperialistische Aggression und Weltkriegsdrohungen zu machen. Die UNO kann nicht gerettet werden, indem man sie von den internationalen Hauptproblemen abschließt, sondern nur dadurch, daß man die Politik des Monopols und des Diktats der USA konsequent bekämpft und mutig und offen die Machenschaften der Feinde der internationalen Zusammenarbeit und der Interessen der Völker enthüllt.

Eigentümer, Herausgeber, Verleger, für den Druck und den Inhalt verantwortlich: Franz Strobl, Wien 15., Goldschlagstr. 30/33

P.b.b. Erscheinungsort Wien Verlagspostamt Wien 101